

Besprechungen

Herbert Scholz (Hrsg.): Die Rolle der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft. Internationale Tagung 1968 der Sozialakademie Dortmund. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 406 S.

Auf ihren bisherigen neun Internationalen Tagungen hat die Sozialakademie Dortmund umstrittene wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Fragen zur Debatte gestellt, die sowohl von prinzipieller als auch von aktueller Bedeutung sind. Dabei überwogen solche Problemkreise, die sich aus den einkommens- und sozialpolitischen Bedingungen der modernen Industriegesellschaft für die Arbeitnehmer ergeben. Hinzu kamen vordringliche bildungs-, energie-, integrations- und planungspolitische Arbeitsprogramme.

Im vorliegenden Band berichtet die Dortmunder Akademie über ihre X. Internationale Tagung 1968, die der Rolle der Wissenschaft in der gegenwärtigen Gesellschaft gewidmet war. Wie *Herbert Scholz* zu dieser Themenstellung im Vorwort bemerkt, ist die moderne Wissenschaft „nicht umweltneutral, weder hinsichtlich der Erkenntnisprozesse noch hinsichtlich der Erkenntniswirkungen. Umwelt wird aber immer stärker als soziale Umwelt erlebt. Besonders deutlich wird dies, wenn man das Handlungsfeld des Forschers und die Grundwerte seiner Berufsrolle soziologisch analysiert. Eine derartige Betrachtung weist auch auf die soziale Problematik der modernen Wissenschaft, auf die Gefährdung wissenschaftlichen Selbstverständnisses und wissenschaftlicher Arbeit hin. Wirklich bewältigt werden kann die gegenwärtige Situation weder durch Rückzug auf das Individuum noch durch die vorbehaltlose Anpassung an die sozialen Gegebenheiten. Die Vermittlung der erforderlichen kritischen Distanz ist für die Wissenschaftler ebenso eine zentrale Bildungsaufgabe wie die Orientierung mit Hilfe eines übergreifenden Menschen- und Gesellschaftsbildes. Letztlich muß der Wissenschaftler zutiefst der Überzeugung sein, daß die Bedingungen der Humanität das Kriterium des objektiven Fortschritts der Wissenschaft sind“ (S. 5).

Diese weitgesteckte Aufgabe, die soziologische Dimension wissenschaftlicher Forschung und Lehre bis zu ihrer Anwendung in der politischen und betrieblichen Praxis auszuleuchten, ist von angesehenen Fachvertretern des In- und Auslands arbeitgemeinschaftlich in Angriff genommen worden. Des knappen Druckraumes wegen muß es diese Anzeige dabei bewenden lassen, die Beiträge und ihre Autoren zu nennen: Zur politischen Theorie der Technokratie (*Hermann Lübbe*); Die Wissenschaft im gesellschaftlichen Spannungsfeld (*Fried-*

rich *Fürstenberg*); Wissenschaft und öffentliche Meinung (Heinz *Hartmann*); Das Selbstverständnis der Wissenschaft und seine gesellschaftspolitische Bedeutung (Heiner *Flohr*); Regulative Funktionen der Wissenschaft in der pluralistischen Gesellschaft (Friedrich H. *Tenbruck*); Der Begriff der Wissenschaft im Wandel des Weltbildes (Jaroslav *Tejmar*); Koalition zwischen Medizin und Soziologie als besonderes Erfordernis der Industriegesellschaft (Hans Joachim *Jahn*); Die Vereinigten Staaten — ein wissenschaftliches Staatsgebilde und die Wissenschaft (Robert *Rie*); Planung als Wissenschaft und als Aktionsmodell (Joseph H. *Kaiser*); Anwendung der Entscheidungstheorie auf soziale Probleme (Wilhelm *Krelle*); Die Wirtschaft im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft (Harald *Koch*); Grundlagen und Methoden wissenschaftlicher Unternehmensführung (Karl-Heinz *Sohn*); Grenzen der Forschungsförderung durch den Staat (Hans von *Heppe*); Technik und Gesellschaft im Jahre 2000 (Karl *Steinbuch*); Wissenschaftspublizistik als Voraussetzung politischer Planung (Ulrich *Lohmar*). Auch die Diskussionen zu den Einzelvorträgen werden ausführlich wiedergegeben, und der Editor und Tagungsleiter hat die Hauptpunkte der Konferenz abschließend zusammengefaßt, die in ihrem reichen Ertrag vielfältige Belehrungen und Anregungen vermittelt.

Daß innerhalb der Referate und Diskussionsbeiträge manches doppelt und dreifach gesagt wurde, liegt in der Natur der Sache. Hingegen vermißt der Leser (wie in vielen solchen Berichtsbänden) ein Inhalts- und Personenregister. Immerhin haben die meisten Redner ihre Druckmanuskripte mit Literaturhinweisen versehen.

Antonio Montaner, Mainz

Manfred Lesch: Die Rolle der Offiziere in der deutschen Wirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 179 S.

Die These der „Übertragbarkeit von Führungseigenschaften“ aus dem militärischen in den Bereich der Wirtschaft an Hand des Lebensweges ehemaliger Offiziere der deutschen Wehrmacht zu überprüfen, ist lohnender Gegenstand der Untersuchungen des Autors. Der vorangestellte allgemeine Teil der Arbeit dient einer historischen und soziologischen Orientierung über jene Berufsgruppe und ihre besondere Situation in der Nachkriegszeit. Die Prämisse der Verwandtschaft des militärischen mit dem wirtschaftlichen Bereich zeichnet den Weg des speziellen Teils vor, der nacheinander Befragungsergebnisse und ausgewählte Einzelschicksale zur Bestätigung der These des Buchs auführt.

Dies gelingt schon auf Grund der methodischen Sorglosigkeit nicht, die den Autor seine Auswahl der Befragten als „Randomverfahren“ kennzeichnen läßt, „weil bei der Auswahl der Auskunftspersonen mehr oder minder zufällig vorgegangen wurde“ (S. 75). Von einer Zufallsauswahl im statistischen Sinne kann allerdings keine Rede sein

(vgl. S. 74-76). Im übrigen zeigt selbst der versandte Fragebogen durch Suggestivfragen (Nr. 22-24, S. 172), die einfach die Zustimmung der Antwortenden zur These des Buches herausfordern, die Tatsache, daß Leschs Untersuchung weniger eine Verifikation als vielmehr einen Beitrag zur Entstehungsgeschichte dieser These liefert. Wenn der Autor die genannten Fragen zudem zu solchen nach dem *Bewußtsein* der Befragten von der Übertragbarkeit der Führungseigenschaften erklärt (S. 104), enthüllt er seine These als in Wirklichkeit der Prüfung entzogene.

Die historischen und soziologischen Bemerkungen im ersten Teil des Buches sind nicht geeignet, das Vertrauen in die wissenschaftliche Fundierung der Arbeit zu erhöhen. So veranlaßt den Autor „das inhaltsschwere Wort: „Krieg“ fortzuführen: „Zwar kann man den Krieg verdammen, als Erscheinung des Zusammenlebens der Völker ist er aber weder wegzuleugnen noch wegzudiskutieren, jedoch wegzudenken.“ (S. 24.) Der Abschnitt „Der Wehrmachtsoffizier in Staat und Gesellschaft“ schließt mit der nicht näher begründeten Meinungsäußerung: „Heute hat sich das Offizierkorps der Bundeswehr leider so abgekapselt und nach außen verschlossen, daß der Ausdruck Kaste durchaus angebracht erscheint.“ (S. 27.)

Trotzdem ist festzuhalten, daß das Buch eine Reihe interessanter Informationen über Beschäftigungsbereiche und Erfolgsmuster ehemaliger Offiziere enthält, die über die sachlichen (und sprachlichen) Mängel hinaus die Lektüre lohnen.

Hilmar Linnenkamp, Bonn

Karl W. Hardach: Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren bei der Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle in Deutschland 1879. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 219 S.

Der Verfasser beschäftigt sich in seiner Dissertation mit dem wirtschaftsgeschichtlich interessanten und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Umschwung der Bismarckschen Handelspolitik 1878/79. Nach ihm tritt die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren, also ökonomisch determinierter Zielvorstellungen, bei der Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle hinter politische, insbesondere finanz-, innen- und außenpolitische Erwägungen zurück. Aufgrund seines zusammengestellten Materials muß die von Interessenten jener Zeit aufgestellte These von der Überschwemmung des deutschen Eisenmarktes mit ausländischem Eisen aller Art und die daraus folgende Notwendigkeit eines entsprechenden Schutzes revidiert werden. Ebenso wenig kann die Einführung des Eisenzolls als Reaktion auf die Einführung von Schutzzöllen in anderen Staaten gedeutet werden (S. 193). Vielmehr war es den Eisenindustriellen gelungen, der Öffentlichkeit die Notlage ihrer Industrie zu „suggerieren“. Sie gewannen nicht nur die Regierung für sich, sondern es gelang ihnen auch, die wirtschaftsgeschichtliche Forschung von der Berechtigung ihrer Klagen und Forderungen zu überzeugen (S. 147). Ferner muß nach Hardach die These abgelehnt werden, daß

vor allem die ostdeutsche Landwirtschaft nach Verlust des ausländischen Marktes durch die amerikanische und russische Konkurrenz den eigenen Markt durch Schutzzölle gesichert sehen wollte. „Diese Ablehnung kann in dreifacher Weise begründet werden: durch eine Analyse der Haltung der gewählten Vertreter der deutschen Landwirtschaft, durch eine Untersuchung der Stellungnahmen der Reichstagsabgeordneten zur Frage des Protektionismus und vor allem durch eine Darstellung der landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzverhältnisse in einzelnen Regionen Deutschlands“ (S. 194). Entscheidend für den Umschwung ist nach Hardach Bismarcks Bestreben nach Konsolidierung des jungen Reiches. Er suchte deshalb nach unabhängigen langfristigen Einnahmequellen, um damit Stärkung gegenüber den Bundesstaaten und Schwächung des parlamentarischen Systems zu erreichen.

Der Autor weist (S. 68) darauf hin, daß die Reichsregierung im Wandel ihrer Zollpolitik „Schützenhilfe“ von der Wissenschaft erhielt (*Schmoller*).

Seine Ergebnisse leitet Hardach aus den beiden ersten Teilen seiner Darstellung her, in denen er durch eine Analyse der Produktions- und Absatzverhältnisse in den genannten Wirtschaftszweigen vor und nach der Krise die Notwendigkeit eines Wandels der deutschen Wirtschaftspolitik erörtert. Danach bedurfte die Eisenindustrie keines Schutzes. Die Landwirtschaft trat — entsprechend ihren regionalen Produktions- und Absatzverhältnissen — entweder für weiteren Freihandel oder für hohe Agrarzölle ein; jedenfalls kann von spontaner landwirtschaftlicher Aktion zur Förderung des Schutzzollgedankens keine Rede sein. Gewiß bildeten die schlechten Ernteergebnisse der 70er Jahre die wichtigste Ursache der landwirtschaftlichen Sorgen, aber eine schwere Krise sei erst zu Beginn der 80er Jahre eingetreten, als das amerikanische Weizenangebot mit normalen oder gar reichlichen Ernten in Europa zusammenfiel (S. 86).

Man liest die Schrift mit Interesse und auch mit Nutzen. Mit Recht erinnert Hardach den Leser daran, daß das heute zur Verfügung stehende Instrumentarium der Wirtschaftspolitik damals noch unbekannt war. Die Argumente, die seinerzeit Freihändler und Schutzzöllner in ihrem Kampf verwendeten, sind bekannt. Man weiß auch, daß Bismarcks Wandlungen auf pragmatischen Erwägungen beruhten und die Rücksicht auf die Finanzen des Reiches eine entscheidende Rolle spielte. Nicht ganz verständlich ist, warum der Autor seine Darlegungen mit dem Satz (S. 196) schließt: „So bleibt ein Ergebnis, das den geschulten Volkswirt enttäuschen mag, aber seiner Ernüchterung dienlich ist“. Der „geschulte Volkswirt“ weiß doch, daß in der Wirtschaftspolitik wirtschaftspolitische durch politische Entscheidungen überlagert werden. Das Thema verpflichtet den Autor nicht dazu, einen Ausblick zu bringen. Es wäre aber doch interessant gewesen, wenn er auch an die Folgen der Einführung des Solidarschutzes, insbesondere aber der Getreidezölle hingewiesen hätte. Seit 1879 genießt die deutsche Landwirtschaft Schutzzölle, die nur in der großen Inflation zu Beginn der

20er Jahre wegen der Preisdifferenzen des in- und ausländischen Getreides unwirksam waren. 1879 wurden eben die Weichen für eine sehr lange Zeit gestellt!

Bruno Schultz, Berlin

Konrad Fuchs: Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 18. und 19. Jahrhundert. Wiesbaden 1970. Franz Steiner. 314 S.

Nach einem Überblick über das oberschlesische Revier („Während der Endphase der österreichischen Herrschaft 1648-1740“) werden zunächst die merkantilistische Epoche bis 1806 und dann die Übergangsjahre bis 1815 untersucht. Es folgt die Entwicklung „im Zeichen des Liberalismus“. Während der ersten zwölf Jahre sind vor allem die Abschaffung der Binnenzölle sowie die rasch wachsende Zinkindustrie für das Revier entscheidend gewesen. Ein weiteres Kapitel will „Zink, Kohle und Eisen in ihrer Bedeutung für die Entwicklung, 1818-1842“ darstellen, geht aber noch über 1850 hinaus; es bringt sogar einen „Ausblick auf die Entwicklung von 1850-1910“. Angeschlossen wird ein Abschnitt über die „Konzentrationsbewegung“, und zuletzt sind die Ergebnisse des Buches zusammengefaßt.

Der Verfasser, der sich auf bereits vorliegende Literatur stützt, benutzt auch ungedruckte und unbenutzte Quellen verschiedener Archive. Er versucht, das oberschlesische Revier mit dem rheinisch-westfälischen zu vergleichen. Ein notwendiger Vergleich mit dem sächsischen Revier aber fehlt.

Einige sachliche Ungenauigkeiten und Fehler wären zu korrigieren. So etwa vollzog sich der Übergang vom Merkantilismus, der genauer gekennzeichnet sein könnte, zum Liberalismus doch langsamer, als er hier verschiedentlich angenommen zu werden scheint. In der Friedrichshütte soll 1788 „die erste Dampfmaschine — zehn Jahre nach ihrer Erfindung in England — auf dem europäischen Kontinent zur Anwendung“ gekommen sein (S. 65); 1765 erfand Watt die direkt wirkende Niederdruckdampfmaschine und 1782 die doppelt wirkende Niederdruckdampfmaschine; die Maschine im Mansfelder Revier 1785 wurde anscheinend übersehen. Nicht die erste deutsche Eisenbahn Nürnberg-Fürth (6 km) hat „einen bedeutenden größeren und ungehindert zu erreichenden Markt geschaffen“, sondern die Initiative unternehmungslustiger Männer zum Bau größerer Eisenbahnlinien, wie die Dresden-Leipziger Linie (120 km); das geschah aber sehr viel später. Mit der Behauptung, „die 1651 gegründete Brandenburgische-Ostindische Kompagnie“ sei die erste Aktiengesellschaft in Deutschland gewesen, schließt sich Fuchs kritiklos an *Bösselmann* an. Auf S. 23 unterläßt er es, zu erwähnen, daß nicht nur Garn, sondern auch Rohflachs — vor allem aus Pleskau — zur Garnverarbeitung nach Schlesien seit dem 15. Jahrhundert eingeführt wurde.

Selbstverständlich lassen sich manche Probleme, z. B. sozialgeschichtliche, bei der unzulänglichen Überlieferung nicht voll zufriedenstellend abhandeln; das gilt bereits für die Anzahl der Arbeiter in den Betrieben.

S. 244 heißt es, eine 1866 gegründete Fabrik habe 30 Jahre später 35 Arbeiter beschäftigt. Es wird aber nicht gesagt, weshalb die Rolle dieses Unternehmens „im Zusammenhange mit dem Aufbau einer eisenverarbeitenden Industrie im Revier nicht“ unterschätzt werden dürfe.

Das Buch durcharbeiten, fällt nicht leicht, z. T. deshalb, weil unnötige Wiederholungen und überflüssige Erläuterungen (z. B. Seehandlung S. 145, Borsig S. 242) den Fluß der Darstellung hemmen. Manche Druckfehler sind stehengeblieben, Zahlen sind wiederholt falsch gesetzt worden, auch fehlt eine einheitliche und richtige Schreibweise z. B. für Matschoß bzw. Matschoss, auch für Pleßisch, Plessisch oder Pleß'sche.

Schwerer jedoch wiegen die stilistischen Eigentümlichkeiten, die das Lesen und Verstehen der Fakten ungemein erschweren. Eine inhaltliche, stilistische Überarbeitung und textliche Straffung hätte vor der endgültigen Drucklegung not getan.

Herbert Pönicke, Hamburg

Heinz Hermanns: Die Handelskammer für den Kreis Mülheim am Rhein (1871 - 1914) und die Wirtschaft des Köln-Mülheimer Raumes. Köln 1969. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv. 470 S.

Die Untersuchungen über Handelskammern erfahren mit dieser umfangreichen Dissertation, die der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Köln vornehmlich auf Grund einer Fülle ungedruckter Quellen verschiedener Archive verfaßte, in mehrfacher Hinsicht eine ganz wesentliche Bereicherung. Zunächst stellt die Arbeit „die wirtschaftliche Entwicklung des Kölner Raumes unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Mülheim“ ausführlich dar, und hieran schließt sich nach einem Überblick über die Geschichte der preussischen Kammern der Aufbau und die Tätigkeit der Kammer Mülheim an, die allerdings nur von 1871 bis 1914 bestand. Eingegangen wird bis in Einzelheiten hinein u. a. auf die Rechtspflege, den Außenhandel, das Geld-, Steuer-, Verkehrs- und Zollwesen. Einen weiteren Vorzug des Buches bedeutet der Anhang mit z. B. statistischen Angaben über die Fläche und Bevölkerung des Kammerbezirkes, mit Steuerlisten, mit der Geschäftsordnung und dem Statut der Kammer vom Jahre 1897, mit einer Übersicht über die Mitglieder der Kammer und auch des Stadtverordnetenkollegiums. Schließlich und nicht zuletzt ist zu danken für die etwa 160 Abbildungen von Briefköpfen, Fotos, Plänen, Postkarten und Zeichnungen, die u. a. die Stadterweiterungen, Fabrikationsstätten und Geschäftshäuser, Verkehrsanlagen, Straßenzüge und Bahnhöfe sowie eine Arbeitersiedlung wiedergeben.

Eberhard Schmieder, Berlin

Clark Kerr: Marshall, Marx and Modern Times. The Multi-Dimensional Society. Cambridge 1969. Cambridge University-Press. 138 S.

Der institutionelle Zusammenhang der ökonomischen Aktivitäten (Klassenkonflikt) und die Entwicklung der Gesellschaft, das ist das Thema bei *Marx, Marshall*, der letzte Apologet des marktökonomischen Liberalismus, hat durch seine bahnbrechenden Beiträge zur kurzfristigen Partialanalyse die Wirtschaftswissenschaften auf lange Zeit geprägt.

Marx' Grundgedanken waren bereits um 1850 konzipiert, die *Marshalls* um 1870. Es gibt keine direkten Verbindungen zueinander. Und was die Autoren zu den „eigentlichen“ ökonomischen Problemen sagten (d. h. „eigentlich“ aus der Perspektive der bürgerlichen Ökonomie, aus der — wenn überhaupt — *Marx'* Werke bemerkt und kritisiert wurden), war meist gegensätzlich. So etwa die ganz verschiedenen Erklärungsversuche über die Wurzeln der Akkumulation aus den Bedingungen der Kapitalverwertung einerseits und durch eine Wartetheorie andererseits, die sich aus der konsequenten Weiterführung der Annahme ergab, daß alles ökonomische Verhalten (auch das der Kapitalisten) sich auf die Befriedigung von Konsumentenwünschen beziehe. Kerr bezieht sich in seinem Essay weniger auf den Ökonomen *Marshall*, als auf dessen gesamtgesellschaftliche Analysen und Prognosen, die er in vier Punkten mit *Marx'* Aussagen konfrontiert: 1. die klassenlose Gesellschaft und die „perfectibility“ des Menschen, 2. die Zukunft des Kapitalismus, 3. Konflikte bzw. Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den Klassen, 4. Gewerkschaften und Gruppeninteressen.

Im zentralen sechsten Kapitel, das gleichzeitig den Titel des gesamten Buches trägt, untersucht Kerr, inwiefern *Marx* und *Marshall* irrteten, welche Gesichtspunkte sie vernachlässigten oder ablehnten. Er kommt zu dem Schluß, daß *Marx* gelegentlich recht hatte bezüglich bestimmter Prozesse (wie der industriellen Konzentration), daß er aber, was die Endergebnisse (z. B. Verminderung statt Verschärfung der Klassengegensätze) betrifft, generell im Unrecht blieb (S. 64), *Marshall* hingegen im Hinblick auf die Endergebnisse recht hatte (z. B. fortschrittliche Entwicklung des Kapitalismus), während er die Prozesse (z. B. natürliche Tendenz zur Vollbeschäftigung im Kapitalismus) gelegentlich falsch beurteilte (S. 66).

In den folgenden Kapiteln versucht Kerr — er versteht sich als amerikanischer Pragmatist und Pluralist der sechziger Jahre (S. 73) —, den modernen Kapitalismus, d. h. die durch die dominante Rolle des Kapitals und pluralistische Strömungen gekennzeichnete „multi-dimensional society“ zu charakterisieren und ihre inhärenten Widersprüche aufzudecken. Unter „pluralistic industrialism“ (S. 77) versteht er eine (Wirtschafts-)Gesellschaft, deren Kennzeichen einerseits Arbeitsteilung und Spezialisierung bei einer den Erfordernissen der modernen Technologie entsprechenden Großorganisation sind, die sich andererseits durch eine gewisse Freiheitsräume gestattende Unabhängigkeit der Individuen und Gruppen auszeichnet.

Kerr bemüht sich, die gegen den Pluralismus erhobenen Einwände zu entkräften. Gleichzeitig weist er auf die zwar abzumildernden, letztlich aber nicht lösbaren Widersprüche innerhalb der „multi-dimensionalen“ Gesellschaft hin, die sich aus der am Wirtschaftsprozess aktiv beteiligten „inner-society“, einer „darunter“ stehenden „under-class“ (geographisch oder durch [Rassen-]Diskriminierung isolierte Personen) und sogenannten Außenseitern (Studenten, Intellektuelle) zusammensetzt: Das (qualifiziert aus-)gebildete unabhängige Individuum versucht — der Autor zeigt hierfür verschiedene Wege auf —, seine individuellen Spielräume gegenüber den notwendig sich vergrößernden Organisationsformen und einer immer mächtiger werdenden Technologie zu erweitern.

Im Hinblick auf die Zukunft des Pluralismus ist Kerr erstaunlich optimistisch: Er glaubt an eine grundsätzliche Harmonie, die auf dem demokratischen (Willensbildungs-)Prozeß, einem (funktionierenden) Marktmechanismus, auf Vollbeschäftigung (es bleibt unklar, ob natürliche Tendenz oder bewußte Politik) und (störungsfreiem) Wachstum basiert (S. 126). Der Autor vermutet eine Entwicklung zum sogenannten „liberalen Pluralismus“ als realistische Alternative zu monolithischen (kommunistischen) und atomistischen (marktwirtschaftlichen) Systemen hin. Er versteht darunter die Bemühung, die Individuen von einer übermäßigen Gruppenherrschaft zu befreien, ohne daß dabei die Notwendigkeit der (verstärkten) Organisation und Zusammenarbeit von Gruppen verkannt wird.

Kerrs Schrift ist nicht „überflüssig“, was bei der Flut (systemvergleichender) Neuerscheinungen nicht verwunderlich wäre; sie zeigt eine bisher wenig beachtete Vergleichsmöglichkeit auf und gestattet uns, heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen stärker historisch bedingt, d. h. als Entwicklungsprodukt aus bestimmten sozioökonomischen Gegebenheiten heraus zu verstehen.

Allerdings argumentiert der Verfasser in erster Linie in „kapitalistisch-pluralistischen“ Kategorien. Sollte als Nebenprodukt dieser vergleichenden Analyse etwa auch eine Desavouierung des *Marx*schen Ansatzes intendiert sein, so wäre dieser Versuch gewiß gescheitert. Das läßt sich nicht nur über die Ablehnung einiger herausgesuchter Prognosen erreichen, sondern auch dadurch, daß man die Erklärungskraft *Marx*scher Kategorien für die Analyse des modernen Kapitalismus — der multi-dimensional society — prüft, und gerade das ist in Kerrs Essay nirgendwo versucht worden.

Werner Meißner, Frankfurt

Edwin Frehner (Hrsg.): Vielfalt der Wirtschaftspolitik — Beiträge zu Fragen der Unternehmensführung und der praktischen Sozialökonomie. Festschrift für Richard Büchner. Zürich 1969. Schulthess & Co. AG. 302 S.

Gelungene Festgaben für betagte Wissenschaftler pflegen sich durch zwei Eigenschaften auszuzeichnen: Sie sind ein Spiegelbild für die

Spannweite der wissenschaftlichen Arbeit des Geehrten und damit zugleich eine Fundgrube von Beiträgen zu verschiedenartigen Problemen, dargestellt von Schülern, Freunden und Kollegen des Jubilars. In der Festschrift zum 70. Geburtstag Richard Büchners sind unter dem Titel „Vielfalt der Wirtschaftspolitik“ zwölf Beiträge zusammengestellt; sie beschäftigen sich mit allgemeinen und methodischen Fragen der Finanzierung, der Ökonometrie und Unternehmensforschung, der allgemeinen und internationalen Agrarpolitik, dem Bank-, Börsen- und Versicherungswesen, dem Einzelhandel, der Sozialpolitik und der Finanzwissenschaft. Es würde zu weit führen, diese Beiträge inhaltlich wiederzugeben; ihren Inhalt nur anzudeuten, würde der Qualität dieser Beiträge widersprechen.

Für alle Themen dieser Festschrift trifft zu, was die wissenschaftliche Tätigkeit Büchners charakterisiert, nämlich eine zur Lösung wirtschaftspolitischer Aufgaben verwendbare rationale Theorie auf empirischen Kenntnissen aufzubauen. Stärke und Schwächen der historischen Schule, von der Büchner stark beeinflusst ist, sind ihm in gleicher Weise vertraut. In der Besinnung auf diese Anschauung, die dem gewiß wertvollen Modelldenken in der mathematisch orientierten Theorie der Gegenwart Grenzen zu setzen vermag, liegt der besondere Wert der Festschrift, deren im Umfang kleinster Beitrag „mathematischen Modellen der Unternehmensforschung“ gewidmet ist.

Im ersten Aufsatz, der sich mit der Finanzierung durch Abschreibung beschäftigt, wird auch daran erinnert, daß Büchner immer den gemeinsamen geistigen Ursprung und die gemeinsame Aufgabe der beiden Disziplinen Nationalökonomie und Betriebswirtschaftslehre betont hat. Wegen der Unterteilung des wissenschaftlichen Lehrstoffs in mikroökonomische und makroökonomische Tatbestände sollten in der Lehre immer das Verbindende, das Gemeinsame, die Einheit besonders herausgestellt werden, um nicht bei der Vermittlung wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse auch das später wuchernde Unkraut falscher Verhaltensweisen auszusäen.

Die Festschrift, für die Edwin *Frehner* als Herausgeber das Geleitwort und Fritz *Neumark* die Laudatio geschrieben haben, enthält eine Bibliographie aller Veröffentlichungen Richard Büchners, einschließlich derjenigen, bei denen der Jubilar als Herausgeber tätig war. So kann sich der Leser dieser Festschrift auch über die gesamte publizistische Tätigkeit des Jubilars bestens informieren.

Fritz Huhle, Darmstadt

Gerhard J. Gröbner: Verteilung von Einkommen und Ressourcen, Knut Wicksells finanztheoretische Leistung in neuerer Sicht. Göttingen 1970. Vandenhoeck & Ruprecht. 159 S.

Während Knut *Wicksells* Beiträge zur Produktions-, Verteilungs- und Geldtheorie hinreichend bekannt sind und in der Literatur weitgehend berücksichtigt werden, ist sein finanztheoretisches Werk bis

heute noch wenig gewürdigt und in unsere Erkenntnis einbezogen, sieht man von Einzelleistungen in seiner Lehre einmal ab. Zwar hat Joseph Schumpeter in seiner *History of Economic Analysis* die wissenschaftliche Leistung dieses ebenso vielseitigen wie kreativen Nationalökonomens Schwedens zu würdigen versucht. Auch *Musgrave*, *Peacock* und *Shoup* haben in Sammelbänden je einen Abschnitt aus seinen Finanztheoretischen Untersuchungen in englischer Sprache vorgelegt, doch bleibt das Gesamtkonzept der Finanztheorie *Wicksells* bis heute einer systematischen Analyse vorbehalten, die auch die jüngsten Forschungen einbezieht.

Diese nicht eben einfache Aufgabe hat sich der Autor gestellt, indem er versucht, das finanztheoretische Werk des Schweden in neuerer Sicht zu würdigen, wobei er die jüngsten internationalen Forschungen der Wirtschaftlichen Staatswissenschaft voll berücksichtigt. Dieser Versuch ist Gerhard Gröbner weitgehend gelungen.

Besonders auf zwei Gebieten hat die Nationalökonomie, voran die Finanzwissenschaft, in jüngster Zeit erhebliche Anstrengungen unternommen, unsere begrenzten Einsichten und Erkenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Es handelt sich einmal um die schon recht alte und immer wieder neue Frage, wer letztlich die vom Staat auferlegten Abgaben trage. Die Steuerüberwälzungslehre, deren Kern die formale und effektive Inzidenz der Abgaben ist, hat im vergangenen Jahrzehnt offensichtlich Fortschritte erzielt, wobei nicht nur operationale Begriffe geklärt, sondern auch mit Hilfe analytischer Verfahren die Überwälzung von Steuern empirisch untersucht wurde. Die Steuerinzidenz wird dabei zunehmend in die funktionale Verteilungs- und in die Theorie der personalen Einkommensumverteilung einbezogen. (Siehe des Rezensenten: *Tax Incidence and Income Redistribution*. Detroit 1971.) Die Ansätze der Analysen sind zwar noch recht kontrovers und die Ergebnisse umstritten, doch zeichnet sich eine gewisse Klärung ab.

Im Mittelpunkt der zweiten Forschungsrichtung steht das öffentliche Gut, das in das Zentrum des politischen Entscheidungsprozesses gerückt ist. Wichtigstes Anliegen der ökonomischen Forschung ist hier die effiziente Allokation der Hilfsquellen auf Markt- und Staatswirtschaft und die Priorität staatlicher Projekte im öffentlichen Sektor. Dabei wird neuerdings auch die Verteilung in die mikro- und makroökonomische Analyse einbezogen.

Gröbner versucht nun, vor dem Hintergrund dieser neuesten Forschungen, etwa der Arbeiten von Paul *Samuelson*, Richard *Musgrave*, Bent *Hansen* und *Johansen*, den finanztheoretischen Beitrag des schwedischen Nationalökonomens auf beiden Forschungsgebieten kritisch zu würdigen. Er gliedert seine Schrift in drei Teile. Im ersten entwirft er ein geschlossenes Bild von *Wicksells* Finanztheorie. Er ordnet sie historisch, lehrgeschichtlich und methodisch ein, ein meines Erachtens gelungener Versuch. Im zweiten Teil analysiert der Autor kritisch *Wicksells* Inzidenzlehre, wobei er nicht in den Fehler verfällt, mehr in *Wicksells* Inzidenz- und Überwälzungskonzept zu interpretieren, als

tatsächlich an Substanz und Absicht vorliegt. Im dritten Teil würdigt Gröbner Wicksells Theorie der optimalen Verteilung von Hilfsquellen. Auch hier gelingt es ihm, Stärke und Schwäche der Gesamtkonzeption und einzelner Teile der Theorie klar hervorzukehren. Man ist nach der Lektüre überrascht, wieviel eigentlich dieser geniale Schwede an neueren Einsichten bereits vorweggenommen hat und mit welcher Selbstverständlichkeit er in seiner Zeit und in deutscher Sprache die modernen Methoden souverän anwendet.

Gröbner hat in Lund und Stockholm das gesamte finanzwissenschaftliche Werk Wicksells eingehend studieren können, wobei er auch die unveröffentlichten Manuskripte auswerten konnte. Carsten *Welinder* und Bertil *Ohlin* haben in Gesprächen dem Autor geholfen und ihren fachlichen Rat und Kritik zur Verfügung gestellt.

Wer sich über die neueste Entwicklung auf zwei wichtigen Forschungsgebieten der modernen Finanzwissenschaft orientieren will, dem kann man die Lektüre dieser Schrift nur empfehlen, die nicht nur Knut Wicksells Beitrag, sondern auch die neuesten finanztheoretischen Ergebnisse analysiert und kritisch einordnet.

Horst Claus Recktenwald, Erlangen-Nürnberg

Jürgen Vaal: Technischer Fortschritt und Faktorsubstitution in der westdeutschen Textilindustrie (1950 - 1965). Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 263 S.

Seit dem Erscheinen des berühmten Aufsatzes „Technical Change and the Aggregate Production Function“ von Robert M. *Solow* im Jahre 1957 ist die Diskussion um die Bedeutung des technischen Fortschritts und der Faktorsubstitution — die dominierenden Wachstumsdeterminanten — nicht mehr abgerissen. Die Vielzahl der Modelle und Methoden zur Quantifizierung des technischen Fortschritts führen bei einer empirisch-ökonomischen Verifizierung zum gemeinsamen Ergebnis, daß der technische Fortschritt im weiteren Sinn (Residuum) als der entscheidende Wachstumsfaktor angesehen werden muß. Bisher lag das Hauptaugenmerk solcher Analysen vornehmlich darauf, globale Aussagen aufgrund von Makrogrößen zu machen; die Branchenanalyse allerdings kam dabei weitgehend zu kurz.

Vaal hat sich in seiner Studie das Ziel gesetzt, die textilwirtschaftliche Produktion Deutschlands zwischen 1950 und 1965 auf der Grundlage aggregierter Produktionsfunktionen zu erklären. Der Verfasser stellt zunächst (erstes und zweites Kapitel) ausführlich und übersichtlich die gebräuchlichen Ansätze zur Quantifizierung des technischen Fortschritts und der Faktorsubstitution in der gesamtwirtschaftlichen Produktionstheorie dar. Dabei werden die produktionstheoretischen Implikationen der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit neutralem und aneutralem technischen Fortschritt, wie deren allgemeine Form, die CES-Funktion, mit alternativen, aber ebenfalls konstanten Substitutionselastizitäten einer eingehenden Analyse unterzogen. Im Vordergrund steht dabei stets die Frage nach ihrer empirischen Relevanz.

Zu jeder Produktionsfunktion werden daher (im zweiten Kapitel) verschiedene Regressionsansätze dargestellt, mit deren Hilfe — unter Beachtung der implizierten Restriktionen — die relevanten Parameter geschätzt werden können.

Jenem Leser, der weniger an den empirischen Ergebnissen interessiert ist, vermitteln die theoretischen Ausführungen Vaals einen ausgezeichneten Überblick über den produktionstheoretischen Problembereich „Produktionsfunktion und technischer Fortschritt“.

Auf die vielfältigen empirischen Ergebnisse, die Vaal in vorbildlicher Weise darstellt und kommentiert, kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Bestätigung findet die in verschiedenen früheren Untersuchungen ermittelte Tatsache, daß die Produktion der Textilwirtschaft von einem im Vergleich zur Gesamtindustrie überdurchschnittlichen technischen Fortschritt getragen wird.

Die empirischen Aussagen gewinnen entscheidend an Aussagekraft, da die entsprechenden Werte für das übergeordnete Aggregat „Verarbeitende Industrie“ den Ergebnissen für den Produktionsbereich „Textilindustrie“ zum Vergleich gegenübergestellt werden.

Bei aller Wertschätzung für die theoretische und ökonomisch-statistische Akribie des Autors darf der Leser doch eins nicht aus dem Auge verlieren: Die empirisch ermittelten Werte spiegeln zwar in den meisten Fällen die Größenordnung richtig wider, den absoluten Werten hingegen sollte aufgrund der modellmäßigen Prämissen keine allzu große Bedeutung zugemessen werden.

Für die Substitutionselastizität der Textilindustrie wird beispielsweise ein Wert von 0,16 ermittelt. In diesem Fall kann natürlich die Substitution von Arbeit durch Kapital nur noch einen verschwindend kleinen Beitrag zum Wachstum der Arbeitsproduktivität leisten, da beinahe limitationale Einsatzverhältnisse gegeben sind.

So wird die Arbeitsproduktivität nach Vaal zu 71 % durch den neutralen und zu 26 % durch den arbeitsparenden technischen Fortschritt (zusammen 97 %) bestimmt (S. 240). Kann dies die Wirklichkeit sein?

Die vorliegende wohl fundierte und vorbildlich aufgebaute Untersuchung kann als Musterbeispiel für die Durchführung einer Branchenanalyse über die Wachstumskomponenten, insbesondere des technischen Fortschritts angesehen werden.

Vaal hat damit einen wertvollen Beitrag zur Überbrückung der Kluft zwischen Theorie und Empirie geliefert.

Volkmar Seiler, Fribourg

Rüdiger Hopp: Schwankungen des wirtschaftlichen Wachstums in Westdeutschland 1954-1967. Meisenheim am Glan 1969. Anton Hain. 136 S.

Diese empirische Arbeit besteht aus drei Teilen; im ersten — quantitativ gewichtigsten — werden für drei Wachstumszyklen der Nachkriegszeit (1954-1967) vor allem die wichtigsten Einflußfaktoren auf

der Nachfrageseite für den jeweiligen Verlauf der Zyklen beschrieben. Wie der Autor selbst in seinen Schlußbemerkungen feststellt, „konnte praktisch nichts Neues geboten werden. Die Ausführungen beschränkten sich hier auf die Interpretation statistischen Materials“ (S. 131). Zugrunde gelegt werden hauptsächlich Halbjahreswerte. Das Schwergewicht der Betrachtung liegt bei der Nachfrageseite und dem Einfluß, den die Konjunkturpolitik auf die konjunkturelle Entwicklung ausübte.

Es folgt ein Vergleich der drei Zyklen, für die Unterschiede als hauptsächlich auf außenwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Einflüssen sowie Strukturverschiebungen beruhend herausgestellt werden. Um für Diagnosen und Prognosen Relevantes herauszuschälen, beschränkt sich der Autor bewußt auf wenige Aspekte, so für die Aufschwungphase vor allem auf das Problem der „Initialzündler“ und deren quantitative Wirkungen. „Kennzeichen jeder der drei betrachteten Aufschwungphasen war ein stark beschleunigtes Wachstum der privaten Investitionstätigkeit“ (S. 63). Dies mündet ein in die Frage nach der Gestalt der Investitionsfunktion, die bekanntlich bislang noch weitgehend unbefriedigend beantwortet geblieben ist. Hopp argumentiert hier folgendermaßen: Für die Investitionsentscheidungen sind die Gewinnerwartungen von ausschlaggebender Bedeutung; sie wiederum werden mit großer Wahrscheinlichkeit von den Absatzerwartungen (Anhaltspunkte bietet hier die Auftrageingangsstatistik), den Faktor- und Produktpreisen beeinflusst. Für die Absatzerwartungen — und damit für den Investitions- und Konjunkturverlauf — werden von Hopp vor allem zwei gesamtwirtschaftliche Nachfragekomponenten genannt, von denen „in der Vergangenheit . . . autonome Anstöße ausgegangen sind“ (S. 65): Exporte und Bauinvestitionen. Diese „autonomen“ Nachfrageerhöhungen (Initialzündungen) versucht Hopp zu quantifizieren anhand von Modellrechnungen, deren Verfahren jedoch nicht recht durchsichtig und somit in der Aussagekraft zweifelhaft wird. Kurz werden noch „kostenmäßige Bedingungen“ in den Aufschwungphasen dargestellt (Entwicklung der Löhne, der Investitionsgüterpreise und des Zinsniveaus). Der Autor ist vorsichtig genug, zuzugeben, daß „sich aufgrund dieser empirischen Untersuchungen nicht eindeutig entscheiden (läßt)“, was „letztlich . . . die entscheidende Ursache eines konjunkturellen Aufschwungs darstellt — die Höhe einer autonomen Nachfragesteigerung oder günstige kostenmäßige Bedingungen“ (S. 82).

Schon bei der Charakterisierung der Aufschwungphasen, mehr aber noch bei der von Abschwungsituationen wird das zeitliche Aufeinanderfolgen verschiedener — als Konjunkturindikatoren zu bezeichnender — Größen (insbesondere Nachfragekomponenten) deutlich. Für Konjunkturprognosen sind diese Betrachtungen von zweifelhaftem Wert, da — werden sie prognostischen Überlegungen zugrunde gelegt — eine gewisse Normalität des Konjunkturablaufs unterstellt werden muß.

Hopp kommt für das „timing“ des konjunkturpolitischen Einsatzes der Geldpolitik zu „traurigen“ Ergebnissen; er stellt fest, „daß die

Geldpolitik meistens prozyklisch gewirkt oder den zyklischen Ablauf überhaupt erst verursacht hat“ (S. 101). Hopp bemerkt dazu u. a., daß „eine überwiegende Orientierung (des „timing“ geldpolitischer Maßnahmen) am Preisindex für die Lebenshaltung (sicherlich) nicht richtig (ist), da dieser Index der Produktionsentwicklung verzögert folgt“ (S. 102).

Hopp läßt den vornehmlich empirisch-deskriptiven Ausführungen auf den letzten zwanzig Seiten „einige Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik — Taktik und Strategie —“ folgen. Hier wird eine Reihe meines Erachtens angreifbarer Thesen aufgestellt; eine Auseinandersetzung damit würde aber den Rahmen dieser Rezension sprengen. Der Autor befaßt sich hier ausschließlich mit „Überlegungen bezüglich des Zieles der Preisniveaustabilisierung bei befriedigendem Wachstum“, für eine „strategische Konzeption“ — wenn auch nur der Konjunkturpolitik (nicht der Wirtschaftspolitik allgemein) — wohl eine recht begrenzte Perspektive. Hopp erkennt auch nicht die Frage von Zieldefinitionen als Problem.

Der Autor sieht in einem „schnelleren“ Wachstum (wie schnell?) eine Erleichterung für Maßnahmen in Richtung auf eine „langfristige Stabilisierung“, „die vor allem in der Beeinflussung der freiwilligen Ersparnis bestehen“ (S. 122). Hopp erwähnt hier zusätzliche Ersparnis der Arbeitnehmer via steuerliche Förderung des Sparens (in Anlehnung an *Föhl*) und Beeinflussung der Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmer; alles wird — wie überhaupt in diesem abschließenden Teil — meist nur angetippt und nicht eingehend behandelt. Überhaupt besitzt dieser Teil keinen straffen Bezug mehr zum Hauptteil der Arbeit.

Der erste Schritt in Richtung auf die erfolgreiche Durchführung einer Strategie, d. h. hier: einer längerfristig orientierten Konjunkturpolitik (zu fragen wäre u. a. gewesen, ob eine längerfristig orientierte Konjunkturpolitik überhaupt so isoliert gesehen werden kann), ist nach Hopp die „Verbesserung“ der kurzfristigen Konjunkturpolitik, die weitgehende Beseitigung konjunktureller Schwankungen, orientiert am Ausgleich von Sozialprodukt-, nicht Preisniveauänderungen. Auf den letzten zwei Seiten erwähnt Hopp dann allgemein und oberflächlich, was man schon früher und vor allem eingehender erwartete, die Möglichkeit eines konjunkturpolitischen Einsatzes fiskalpolitischer Maßnahmen. Der Rezensent hätte ein Fehlen des letzten („wirtschaftspolitischen“) Teiles nicht bedauert, wirkt er doch gewaltsam angefügt und bietet nichts Neues, während das Übrige zumindest einen recht klaren Überblick über den Konjunkturablauf in den Jahren 1954 - 1967 und dessen Haupteinflußfaktoren vermittelt, aus dem die (insbesondere seit Erreichen der Vollbeschäftigung) teilweise gewandelten Voraussetzungen für wirtschaftspolitisches Handeln erkennbar werden.

Winfried Schmähl, Frankfurt

Adelheid Biesecker: Die Wahl der Produktionstechnik in diskreten Kapitalmodellen: Das Reswitching-Phänomen. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 148 S.

In der neoklassischen Kapitaltheorie, beeinflußt von der modernen Wachstums- und Verteilungstheorie, wird vorwiegend unterstellt, daß die eingesetzten Produktionsfaktoren homogen seien. Dies führte dazu, daß man — wie in der Theorie des internationalen Handels — immer der Einfachheit halber mit einer und eben nur einer Produktionsfunktion arbeitete. Damit verschließt man sich selbstverständlich Problemkreisen, die hier wie dort die eigentliche Essenz des betreffenden Untersuchungsobjektes ausmachen. Unterschiedliche Produktionsfunktionen bzw. die Möglichkeit, in verschiedenen Situationen auch alternative Produktionstechniken wählen zu können, bringen völlig neue Perspektiven, die das einfache Modell klassischer Prägung obsolet werden lassen. So besteht im Falle der Kapitaltheorie kein gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen steigender Kapitalintensität und sinkendem Zinssatz — Grenzprodukt des Kapitals (!) — mehr, sondern in laufend wechselnder Folge eine gleichförmige und dann wieder entgegengesetzte Entwicklung. Dies wird dadurch bedingt, daß zu einem bestimmten Zinssatz unrentabel gewordene Produktionstechniken zu einem anderen wieder angewendet werden, eine einmal angewandte Technik also bei kontinuierlichem Zinsanstieg mehrmals rentabel und wieder unrentabel wird.

Die Verfasserin dieser Arbeit macht es sich zur Aufgabe, dieses Phänomen des Reswitching von Produktionstechniken als den Regelfall der Realität zu beweisen. Sie geht dabei von Modellüberlegungen aus, die vor allem von *Bruno*, *Burmeister* und *Sheshinski*, aber auch von *Garegnani*, *F. H. Hahn*, *Levhari* und *Samuelson* und schließlich von *Morishima* (alle in *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 80, 1966) angestellt wurden. Das eigentliche Verdienst der Arbeit ist es, alle diese Analysen in einen systematischen Zusammenhang gebracht zu haben. Allerdings wird dabei auf Grund der notwendigen Straffung und Zerstückelung der individuellen Gedankengänge manchmal das Verständnis beeinträchtigt.

Im Anschluß an diese Diskussion des Reswitching-Phänomens, dessen Analyse auf Pro-Kopf-Größen beruht und in der der Lohn als numeraire fungiert, werden „Sraffa-Preise“ in die Betrachtung eingeschlossen. Diesem Vorgehen liegt die Überlegung zugrunde, daß Preisvariationen — bedingt durch eine Änderung des Lohn-Zins-Verhältnisses — durch ein verteilungsindifferentes Maß erfaßt werden sollten, z. B. durch ein standardisiertes Sozialprodukt. Doch auch ein solcher Ansatz wird von der Autorin schließlich verworfen, da ihr der von *Bruno* — eingeschränkt zwar — als der weiterführende erscheint.

Das eigentliche Anliegen, das Reswitching von Produktionstechniken als Regelfall zu beweisen, äußert sich dann im Zusammenfassen von Bedingungen, die diesem Phänomen zugrunde liegen, also den Prämissen, unter denen das Reswitching-Phänomen analytisch abgeleitet wurde.

Dies jedoch ist natürlich kein Beweis; nicht einmal Plausibilitätsüberlegungen sind angestellt worden.

Manfred Borchert, Marburg a. d. L.

Hartmut Rudloff: Vermögensbestand, Sparverhalten und Wirtschaftswachstum. Ein Beitrag zur Theorie der Spar-Vermögen-Relation des privaten Haushalts. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 192 S.

In den letzten Jahren mehren sich die Versuche, die Geldtheorie in die Wachstumstheorie zu integrieren, eine monetäre Wachstumstheorie — oder, wenn man will: eine dynamische Geldtheorie — zu entwickeln. Es genügt, die Namen von *Tobin*, *Johnson*, *Levhari-Patinkin*, *Niehans*, *Stein*, *Sidrauski* und *Rose* zu nennen. Das Geld wird dabei teils als Wertübertragungs-, als Transaktionsmittel, teils als Wertaufbewahrungs-, als Spekulationsmittel, teils als beides in die (neoklassischen und keynesianischen) Wachstumsmodelle aufgenommen. Als Transaktionsmittel ist das Geld ein Quasi-Produktionsfaktor, ein unerlässliches Medium der realen Transaktionen im arbeitsteiligen System, und also bedarf es, nimmt man die Zahlungssitten und den Grad der vertikalen Konzentration der Produktion als Daten, im Grunde keiner weiteren Verhaltenshypothesen, keiner separaten Motivanalysen zur Begründung und Bestimmung der Gelldispositionen. Nicht so, wenn das Geld — und dies trifft für die meisten der monetären Wachstumsmodelle, vor allem für jene neoklassischer Provenienz, zu — als Wertaufbewahrungs-, als Spekulationsmittel eingeführt wird: Bei einer negativen Abweichung zwischen den Realzinssätzen von Geld- und Sachvermögen ist eine positive Höhe des Geldvermögens nur dann plausibel, wenn Geld (und: jegliches Geldvermögen) Vorteile verschafft, die das Sachvermögen nicht vermittelt. In der Tat wird in den einschlägigen Modellen ein positives Geldvermögen aus einem separaten Geldnutzen abgeleitet, der zu dem durch die konsumtive Verwendung von Einkommensteilen vermittelten Nutzen tritt. Liquidität und Sicherheit sind die Stichworte, mit denen in aller Regel angedeutet wird, was unter einem solchen Geldnutzen zu verstehen ist. Hier nun setzt Rudloff ein: Das Liquiditätsmotiv deckt nicht die gesamte Vermögensbildung und -haltung der privaten Haushalte. Das Vermögen und also auch das Geldvermögen vermittelt weitere Vorteile, die er Akkumulationsnutzen nennt. Zum Beispiel: positive Erlebnisse, die aus einer Überfluß-, aus einer Machtposition, aus sozialem Status erwachsen, der mit Vermögen verbunden ist. Es sind solche Vermögensvorteile, die bewirken, daß im Wachstumsprozeß nicht nur die angestrebte Höhe des Konsums, sondern auch die des Vermögens ohne Ende expandiert. In der langfristigen Konstanz der Sparquote manifestiert sich so die Balance von Konsum- und Vermögensmotiven. Die Dynamik des privaten Konsums wird ergänzt und begrenzt durch die der Vermögenshaltung und also -bildung: Ein Sättigungspunkt ist weder hier noch dort in Sicht. Es ist das Verdienst des Verfassers, die Interdependenz von Einkommens- und Vermögensdispositionen auf mikro- wie makroökonomischer

Ebene ins Licht, die einschlägigen Arbeiten unter diesem Aspekt in Verbindung gebracht zu haben. Freilich: Eine Integration ist nicht, auch im Ansatz nicht gelungen. Aber wer wollte das auch erwarten?

Gerhard Schmitt-Rink, Bochum

Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e. V. (Hrsg.): *Marktmacht und Recht. Ein Bericht des Expertenausschusses der OECD für wettbewerbeschränkende Praktiken.* Köln 1970. Carl Heymanns Verlag. 198 S.

Angesichts einer in allen westlichen Industrienationen anhaltenden Konzentrationswelle gewinnt das Problem der staatlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht zunehmend an Bedeutung. Einen wertvollen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leistet der vorliegende Bericht, der vom Expertenausschuß der OECD für wettbewerbeschränkende Praktiken erarbeitet und im Jahre 1970 mit dem Titel „Market Power and the Law“ veröffentlicht wurde. Für Deutschland ist diese Studie von besonderer Bedeutung, da die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbeschränkungen und die Einführung einer Fusionskontrolle in dieses Gesetz heftig diskutiert wurde und noch wird.

Der vom Expertenausschuß vorgelegte Bericht hat vor allem rechtsvergleichenden Charakter. Er stellt die Normen und Grundsatzentscheidungen der Gerichte und Verwaltungsbehörden hinsichtlich der Bekämpfung und Kontrolle privatwirtschaftlicher Macht in den Mitgliedsstaaten ausführlich dar und gegenüber, vermeidet jedoch eine Wertung, in welchem Umfang und mit welcher Intensität die bestehenden Normen genutzt werden. Hierin und im Unterlassen einer Abwägung der Vor- und Nachteile der einzelnen Rechtssysteme liegt ein gewisser Mangel des Berichts. Andererseits bietet der offensichtlich beabsichtigte Verzicht die Möglichkeit, die in den einzelnen Ländern geltenden Normen den Sachgesichtspunkten angepaßt ausführlich darzustellen und die Lösungsalternativen präzise herauszuarbeiten. Wer also eine Darstellung geschlossener Rechtssysteme erwartet, wird enttäuscht sein. Dafür erhält er jedoch eine sehr sorgfältig und systematisch aufbereitete, umfassende rechtsvergleichende Bestandsaufnahme der in den Mitgliedsstaaten der OECD geltenden Normen zur Bekämpfung privatwirtschaftlicher Macht und der darauf basierenden grundsätzlichen Rechtsprechung und Verwaltungspraxis.

Schlußfolgernd wagen die Experten eine generelle Empfehlung, wie Marktmacht am besten bekämpft werden kann. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, daß eine rein strukturelle Methode, die auf die Erhaltung einer möglichst großen Zahl selbständiger Unternehmen zielt, nicht ausreicht, um allen Auswirkungen und Möglichkeiten von Marktmacht wirksam zu begegnen. Internes Unternehmenswachstum, Unmöglichkeit der Entflechtung oder Wiederveräußerung von Vermögensteilen im Einzelfall, Oligopolproblem sind die Stichworte. Auch eine reine Verhaltenskontrolle könne nicht als ausreichendes Instrument für die

Sicherung und Aufrechterhaltung wesentlichen Wettbewerbs angesehen werden, da die Verhaltenskontrolle erst einsetze, wenn der wirksame Wettbewerb bereits eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

Der Bericht empfiehlt daher in jedem Fall „eine Kombination von Elementen einer strukturellen Methode und einer Verhaltenskontrolle als die richtige Lösung“. Die Ausgestaltung eines solchen Rechtssystems hänge dann allerdings von einer Reihe wirtschaftspolitischer Faktoren ab, die eine politische Entscheidung erforderten. Gemeint sein dürfte vor allem die Frage, welchen Stellenwert der Wettbewerb in einer Volkswirtschaft einnehmen soll. Eine Antwort auf diese Frage konnte und wollte der Expertenausschuß nicht geben. Der Bericht schließt daher mit den Worten: „Die vorliegende Studie kann durch Darlegung des rechtlichen Hintergrundes der Marktmachtproblematik die schwierige Entscheidung erleichtern.“ Der Rezensent fügt hinzu: Nicht nur diese Entscheidung. Abschließend sollte noch ein Aspekt erwähnt werden, der in Zukunft die wettbewerbstheoretische und wettbewerbpolitische Diskussion wesentlich bestimmen wird. Ausgehend von einem 1968 erschienenen und von Corwin D. Edwards verfaßten Artikel: „The Changing Dimensions of Business Power“, stellt die Studie die Frage, ob das traditionelle Marktmachtkonzept, das speziell auf sachlich und räumlich relevante Märkte abstellt, noch zeitgemäß ist und modernen Formen wirtschaftlicher Macht gerecht wird. Diese Frage bleibt ohne Antwort. Jedoch ist der OECD und insbesondere dem Expertenausschuß zu danken, auf dieses ungelöste Problem hingewiesen zu haben. Jeder Kenner von Wettbewerbsrechten weiß um die Schwierigkeiten, die Verwaltungsbehörden und Gerichte bei der Bewertung oligopolistischer Märkte mit z. Teil breit diversifizierten Unternehmen haben.

Jörg Schlegel, Berlin

Klaus Prahl: Patentschutz und Wettbewerb. Göttingen 1969. Vandenhoeck & Ruprecht. 209 S.

Der Verfasser entwickelt im ersten Teil ein dynamisches Wettbewerbskonzept im Hinblick auf das Untersuchungsziel einer Analyse der Beziehungen zwischen Wettbewerb und Patentschutz. Ausgehend von dieser wettbewerbstheoretischen Grundlage erfolgt im zweiten Teil eine Wirkungsanalyse des Patentschutzes, aus der sich im dritten Teil die wirtschaftspolitischen Folgerungen ergeben.

Prahl geht wie J. M. Clark und Kantzenbach von einem System von Wettbewerbsfunktionen aus, wobei er die Optimierung des Sozialproduktes unter den Nebenbedingungen der Erhaltung des endogenen Kontrollmechanismus des Wettbewerbs und der leistungsgerechten Einkommensverteilung als oberstes (normatives) Ziel der Wirtschaftspolitik sieht. Er begreift den Wettbewerb als eine Folge von Vorstoß- und Verfolgungsphasen, wobei Voraussetzung für erfolversprechende vorstoßende Wettbewerbshandlungen ist, daß die verfügbare reaktionsfreie Zeit — das ist die Zeit bis zur Kompensation initiativer

Wettbewerbshandlungen durch Konkurrenten — gleich oder nur geringfügig länger als die notwendige reaktionsfreie Zeit ist, die von den Vorbereitungskosten, den Unsicherheiten der Wettbewerbshandlung und dem erwarteten Erfolg je Zeiteinheit abhängt (S. 32 ff.).

Hinsichtlich der Zusammenhänge von Marktstruktur und industrieller Forschung unterscheidet der Autor zwischen der Forschungsfähigkeit, die mit zunehmender Konzentration durch die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung zunimmt, und Forschungsneigung, die mit zunehmender Vermachtung der Märkte abnimmt, so daß es einen nicht exakt zu bestimmenden und von Industrie zu Industrie schwankenden Bereich gibt, in welchem Forschungsfähigkeit und Forschungsneigung konvergieren.

Bei einer Analyse des Patentschutzes als Datum im Wettbewerbsprozeß (Teil II) geht Prahl von der im ersten Teil erarbeiteten Prämisse einer hinreichend langen reaktionsfreien Zeit als Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs aus, wobei Marktunvollkommenheiten (z. B. Produktheterogenität oder Intransparenz) die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs so lange fördern, wie sie der annähernden Übereinstimmung von notwendiger und verfügbarer reaktionsfreier Zeit dienen. „Unter dem Aspekt dieser (dynamischen) Wettbewerbskonzeption erhält der Patentschutz als befristete Sicherung eines forschungsbedingten Wettbewerbsvorsprungs eine positive Bedeutung. Negative Folgen des Patentschutzes treten erst auf, wenn in Verbindung mit wettbewerbsbeschränkenden Absprachen oder durch die Patenthäufung die verfügbare reaktionsfreie Zeit über das notwendige Maß hinaus ausgedehnt wird“ (S. 137 f.).

Der Verfasser spricht sich daher konsequenterweise nicht für generelle Zwangslizenzen aus, sondern nur für eine Modifizierung des geltenden Rechts im Sinne einer Senkung der Grenzkosten des Patentschutzes, ohne gleichzeitig den Grenznutzen zu vermindern. Einen wettbewerbsadäquaten Patentschutz sieht Prahl in der Erteilung von Zwangslizenzen durch das Bundeskartellamt, wenn das technische und wirtschaftliche Entwicklungspotential einer Industrie durch ein Unternehmen gesperrt wird. Durch die Erteilung von Zwangslizenzen würden die gesamtwirtschaftlichen Funktionen des Patentschutzes gesichert werden, indem Zutrittsschranken für potentielle Konkurrenten abgebaut werden (S. 159 ff.). Dieses Ergebnis deckt sich mit den in den vergangenen Jahren entwickelten Überlegungen zur Harmonisierung von Patent- und Wettbewerbsrecht, wonach das Bundeskartellamt marktbeherrschende Unternehmen durch eine Mißbrauchsverfügung zur Vergabe von Lizenzen zwingen kann.

Ingo Schmidt, Berlin

Doris Dubber: Die Bedeutung des Markenartikels im Prozeß der industriellen Entwicklung. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 145 S.

Gerd Unterburg: Die Bedeutung der Patente in der industriellen Entwicklung. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 204 S.

Die von Fritz Voigt edierte „Schriftenreihe zur Industrie- und Entwicklungspolitik“ wird fortgesetzt mit diesen beiden Bänden, die in systematisch und methodisch ähnlicher Weise den Einflüssen des Markenartikels und der Patente auf den Ablauf des Industrialisierungs- und Wachstumsprozesses nachforschen. Sie greifen damit aus dem Gesamtkomplex der industriellen Entwicklung zwei Sonderprobleme heraus, denen bereits eine umfangreiche literarische Erörterung mit erheblich kontroversen Ergebnissen zuteil geworden ist. Dennoch tragen die hier anzuzeigenden Untersuchungen insofern zur Versachlichung und weiteren Vertiefung der Debatte bei, als da wie dort der derzeitige Stand der entwicklungstheoretischen Analyse kritisch resümiert und mit eigenen Argumenten und Einsichten weitergeführt wird.

Doris Dubber setzt sich eingehend mit der Frage auseinander, wie der Markenartikel die industrielle Entwicklung beeinflusst, ob er sie fördert oder hemmt. Wie die Verfasserin S. 6 und 14 betont, handelt es sich nicht um eine deskriptiv-historische oder statistische Studie, weil der Markenartikel weder branchenmäßig noch nach seinem Verwendungszweck oder Rohstoffmaterial bestimmbar ist, sondern ein Prinzip bzw. eine Vertriebsmethode verkörpert. Nach sorgfältiger begrifflicher Abgrenzung des Markenartikels (die mittels einer tabellarischen Zusammenstellung seiner im Schrifttum deklarierten Merkmale die unterschiedlichen Schwerpunkte der Definition hervortreten läßt) und einem Rückblick auf seine ökonomisch-technischen Entwicklungsbedingungen beschäftigt sich die Autorin mit den Auswirkungen der Konkurrenzsituation auf die Entstehung des Markenartikels, wobei die spezielle Preisabsatzfunktion beim Markenartikelvertrieb und die sich hieraus ergebenden Zielfunktionen dargetan werden. Im Hauptteil des Buches diskutiert die Verfasserin zunächst die Beziehungen zwischen dem Markenartikel und der Erhöhung des durchschnittlichen Lebensstandards sowie dem technischen Fortschritt und arbeitet dann die Besonderheiten heraus, die der Markenartikel dem Prozeß der industriellen Entwicklung aufprägt (Investitionsfunktionen, Nachfrageelastizitäten, Verhaltensweisen, Markt- und Konzentrationsformen). Obwohl die Studie von quantitativen Erhebungen völlig absieht, gelangt sie innerhalb ihrer konsequent beibehaltenen Fragestellung zu plausiblen, großenteils wirklichkeitsnahen Aussagen, da sie bei der Anwendung des theoretischen Instrumentariums den Bogen nirgends überspannt und mit den wechselnden Hypothesen auch die Schlußfolgerungen differenziert und gegenseitig abwägt.

Gerd Unterburg, der Redaktor dieser Schriftenreihe, durchleuchtet in seiner mit aufschlußreichen Tabellen und Schaubildern ausgestatteten Abhandlung die engen Beziehungen zwischen Patenten und techni-

schem Fortschritt im größeren Rahmen des Industrialisierungsprozesses. Er präzisiert eingangs die Begriffe der Patente und der industriellen Entwicklung (als relativer Wachstums- und als marktwirtschaftlicher Differenzierungsprozeß) und hebt sodann die Bedeutung der Patente als Träger und Determinanten der industriellen Entwicklung hervor. Anschließend demonstriert der Verfasser die Einwirkung der Patente auf die industrielle Investitionspolitik über die Beziehung zwischen Unternehmererwartungen und realisiertem technischem Fortschritt, namentlich was die Monopolisierungseffekte anbelangt, und untersucht die Tragweite patentbedingter Machtpositionen im Hinblick auf die Neuerungstätigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Marktform und der Unternehmungsgröße. Alles in allem hat Unterburg dank profunder Literatur- und Sachkenntnis einen wertvollen Beitrag zur ökonomischen Analyse der Patente geliefert, der ihre entwicklungs- und ordnungspolitische Problematik klar zutage treten läßt und mit zahlreichen Erfahrungsbeispielen veranschaulicht. Auch die wichtigsten patentrechtlichen Normen wurden zur Sprache gebracht.

Antonio Montaner, Mainz

Hansjörg Weitbrecht: Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie.

Eine soziologische Untersuchung am Beispiel der deutschen Metallindustrie. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 267 S.

Die vorliegende wirtschaftssoziologische Forschungsarbeit Weitbrechts ist aus seiner 1965 an der kalifornischen Staatsuniversität in Berkeley erstatteten Master-Thesis „A Comparative Analysis in Industrial Relations: The Study of the Institutionalization of Industrial Conflict in Germany“ hervorgegangen. Sie untersucht die Tarifautonomie in ihrer internen Struktur und Organisation wie auch hinsichtlich ihrer Einbettung in die Gesamtgesellschaft und beleuchtet unter diesen beiden Blickwinkeln die Frage nach ihrer Effektivität und Legitimität.

Der Autor beginnt mit einer systematisch-kritischen Bestandsaufnahme der wichtigsten soziologischen Ansätze zur Analyse der Tarifautonomie und schildert alsdann das Verfahren der Konfliktregelung auf das Verhandlungsziel eines Kompromisses hin, wobei die Organisationsstrukturen der Gewerkschaft und des Arbeitgeberverbandes der deutschen Metallindustrie auf ihre Kompromißfähigkeit (= Effektivität) und ihre Verpflichtungsfähigkeit (= Legitimität) sorgfältig geprüft werden. Er vergleicht die von J. Hicks und J. Pen gelieferten Methoden und Modelle mit den neueren Beiträgen zur Theorie des Verhaltens namentlich von C. Stevens, Th. C. Schelling, R. E. Walton und R. B. McKersie und hebt die Bedeutung der Regeln hervor, die den Verhandlungsablauf bestimmen und zugleich das Organisationsgefüge der Parteien berücksichtigen. Im weiteren Gang der Studie werden die Rahmenbedingungen der Tarifautonomie sowie ihre Garantie und ihre Begrenzbarkeit in der Umwelt diskutiert und damit die Beziehungen zwischen Staat und Tarifautonomie in den Vordergrund ge-

rückt. Die beiden Schlußkapitel befassen sich eingehend mit den Möglichkeiten und Grenzen der Alternativen in der Tarifautonomie („interne Anpassung“ oder „institutionelle Einbindung“, S. 183 ff.), mit ihrer gesellschaftlichen Legitimation und den Kriterien einer Autonomiebeschränkung.

Aus kaum einer anderen deutschsprachigen Darstellung gewinnt der Leser einen derart lebendigen, theoretisch fundierten Einblick in die ökonomisch, soziologisch und politisch weitverzweigte Problematik industrieller Konfliktbeilegung durch autonom vereinbarte Tarifnormen.

Antonio Montaner, Mainz

Waltraud Bohlen: Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vermögensbildungsplänen. Hannover 1969. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. 137 S.

Die Arbeit ist in der Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen. Sie berichtet über die Ergebnisse einer im Auftrage des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall durchgeführten, im Frühjahr 1968 fertiggestellten Analyse, an der außer der Verfasserin die Diplom-Volkswirte Ingrid Heidermann, Klaus Bender und Reinhold Engelland mitgewirkt haben. Die Untersuchung schildert zunächst die Ziele und Grenzen der Vermögenspolitik, die heutige Vermögensverteilung und ihre Ursachen, alsdann die Pläne zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und behandelt schließlich das eigentliche Thema, die wirtschaftlichen Wirkungen dieser Pläne.

Breite Eigentumsstreuung wird als Ziel unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bezeichnet, und zwar als eines der Mittel zur Erreichung der Endziele Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand. Von der heutigen Vermögensverteilung erhält der Leser eine Vorstellung, soweit das die unzulänglichen statistischen Unterlagen — es gibt bis heute keine genaue Übersicht über die Verteilung des gesamten Vermögens in der BRD — erlauben. Als Ursache der danach bestehenden Vermögenskonzentration werden die Einkommenskonzentration sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik (Währungsreform, Selbstfinanzierung der Unternehmen, einkommensteuerliche Vergünstigungen der Selbständigen) angegeben.

Im 1. Hauptteil wird die Entwicklung der Diskussion um die Vermögensbildung in der Hand der Arbeitnehmer, auf die der Kreis der Begünstigten beschränkt wird, geschildert. Der Inhalt der einzelnen Pläne — die Bezeichnung „Plan“ ist meist etwas zu anspruchsvoll — wird knapp, aber genau und mit zuverlässiger Quellenangabe geschildert, so daß die Schrift zugleich einen guten Überblick über alle bekanntgewordenen vermögensbildungspolitischen Vorschläge verschafft. Außerdem werden kurz die Motive der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bei ihren Forderungen nach Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand untersucht.

Im 2. Hauptteil werden die wirtschaftlichen Wirkungen analysiert, und zwar getrennt für die Pläne zur Neuverteilung des vorhandenen Vermögens und zur Umverteilung des Vermögenszuwachses, diese wiederum unterteilt in Pläne zur Förderung der Ersparnisbildung aus gegebenem Einkommen, in Investivlohnpläne und in Gewinnverteilungspläne. Diese Systematik erscheint zweckmäßig. Es wird nicht immer streng am Ziel „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ festgehalten, sondern gelegentlich (S. 103/104) der Eindruck erweckt, als ob sich Vermögenspolitik gegen die Vermögenskonzentration in Großunternehmen richte. Vermögensverteilung und Vermögenskonzentration in Großunternehmen schließen sich aber nicht aus, weil die Vermögenspolitik das Vermögen der natürlichen Personen streuen, jedoch nicht die Unternehmen entflechten will. Im übrigen jedoch ist die Analyse der wirtschaftlichen Wirkungen der Pläne eingehend, sorgfältig und von dem Bestimmtheitsgrad, den die Prognose in einem so komplexen Forschungsbereich erlaubt, in dem es entscheidend auf das voraussichtliche Verhalten der betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Begünstigten, ankommt. Untersucht werden nicht nur die mit den einzelnen Plänen beabsichtigten (Haupt-)Wirkungen, sondern auch die sog. Nebenwirkungen, ohne die es in der Tat nicht möglich ist, sich über die Vereinbarkeit der Pläne mit anderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen ein Urteil zu bilden.

Die Untersuchung befaßt sich allerdings nicht mit den Fragen, welche Beträge sich in dem oder den nach einigen Plänen — z. B. Gleitze-, SPD-, Büttner-Plan — zu bildenden Fonds ansammeln würden, welche Macht damit solchen Fonds zuwachsen würde und welchen Gebrauch die Fonds von dieser Macht machen sollten oder nicht machen dürften. Offenbar hält die Verfasserin hohe Beteiligungsprozentsätze für unrealistisch. Immerhin würde schon 1961 nach der zitierten Berechnung von *Krelle* (S. 121) bei einer Gewinnbeteiligung für alle Unternehmen ab 500 Arbeitnehmern und einem Beteiligungssatz von 20 % ein Jahresbetrag von 1,9 Milliarden DM, bei 30 % sogar von 2,8 Milliarden DM angefallen sein. Bei diesen Größenordnungen schlägt „die Gefahr negativer wirtschaftlicher Nebenwirkungen der Pläne“ (S. 121) schnell in eine sehr prinzipielle gesellschaftspolitische Problematik um.

Zuzustimmen ist der zusammenfassenden Feststellung, daß „kein Plan zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Volkswirtschaft existiert, der in der Lage wäre, die Struktur der Vermögensverteilung einigermaßen rasch zu ändern. Einen gewissen Erfolg dürfte am ehesten eine Kombination vieler Einzelmaßnahmen zeigen“, bei „Unterstützung ... durch die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik ... Auch in diesem Falle wird der Prozeß Jahrzehnte dauern und nicht revolutionär sein.“

Die flüssig geschriebene, gut lesbare und vortrefflich orientierende Arbeit kann zur Klärung und Versachlichung der Vermögensbildungsdiskussion trotz — oder vielleicht gerade wegen — ihrer zurückhaltenden Schlußfolgerungen manches beitragen. Ihr ist weite Verbreitung zu wünschen.

Otto Kunze, Düsseldorf

Siegfried Schultz: Makroökonomische Wirkungen der Sozialen Sicherung. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 163 S.

Mit der wachsenden Bedeutung des Systems der Sozialen Sicherung und einem nicht unerheblichen Wandel in seiner Struktur nimmt auch die Relevanz der Frage nach den ökonomischen Wirkungen der sozialen Leistungen und ihrer Finanzierung weiter zu. Hier öffnet sich ein weites Feld ungelöster Probleme, zu deren Klärung auch die vorliegende Arbeit über die makroökonomischen Auswirkungen des Sozialleistungssystems einen Beitrag leisten will. Der Autor kann sich dabei auf die kreislaufanalytische Betrachtung der Finanzen der Sozialen Sicherung von *Hensen* sowie auf die empirischen Arbeiten von *Schmidt/Schwarz/Thiebach* zum Sozialhaushalt und zur Umverteilung in der Bundesrepublik Deutschland stützen.

In einer einleitenden Übersicht werden Einnahme- und Ausgabeseite des Sozialbudgets skizziert und einige zentrale Begriffe geklärt. Es folgt eine Analyse der Preiswirkungen des Sozialhaushalts, wobei zwischen den Wirkungen auf die Preisrelationen und denen auf das Preisniveau unterschieden wird. Hierbei stellt sich — wie noch häufiger im Laufe der Untersuchung — das Ausmaß der Redistributionswirkungen auf Struktur und Höhe des Konsums als eine zentrale, aber schwierig zu quantifizierende Frage heraus.

Bei der Untersuchung der konjunkturellen Wirkungen kommt der Autor zu dem Resultat, daß mit Ausnahme der voll antizyklisch reagierenden Arbeitslosenversicherung bei den übrigen Sparten der Sozialen Sicherung automatisch nur auf der Einnahmeseite antizyklische Wirkungen erzielt werden. In diesem Zusammenhang werden auch die geltenden Reserve- und Deckungsvorschriften der Sozialleistungsträger im Hinblick auf ihre konjunkturpolitischen Auswirkungen sowie Reformvorschläge zur Verbesserung der konjunkturpolitischen Verwendbarkeit solcher Reserven geprüft. Ein großer Teil dieses Abschnittes ist der theoretischen Diskussion potentieller Multiplikatorwirkungen der Redistribution bei unterschiedlichen Konsumquoten der Beteiligten sowie bei Existenz von Interdependenzeffekten gewidmet.

Bei der Beurteilung der Wachstumswirkungen des Sozialleistungssystems steht neben dem Einfluß auf die Realkapitalbildung die Beeinflussung der Sparquote im Vordergrund der Analyse, wobei das öffentliche Zwangssparen dem individuellen freiwilligen Sparen gegenübergestellt wird. Den Abschluß dieses Kapitels bildet statistisches Material über die Vermögensbildung der Haushalte einerseits und der Sozialversicherungsträger andererseits sowie ein Exkurs über die „Selbstfinanzierung“ der Sozialempfänger. Wegen der Bedeutung der Redistribution für die makroökonomischen Wirkungen des Sozialleistungssystems schließt die Arbeit mit einem Kapitel über den Entwicklungstrend der Einkommens(um)verteilung, in dem neben theoretischen und methodischen Problemen empirische Ergebnisse anderer Autoren diskutiert werden.

Die Aufteilung der Redistribution in eine vertikale und eine horizontale Komponente spielt in der vorliegenden Arbeit für die Beurteilung der ökonomischen Wirkungen des Systems der sozialen Sicherung eine zentrale Rolle, sie ist jedoch, wie der Autor selber anmerkt (S. 141), von der Klassenbildung abhängig. Diese kann aber nicht willkürlich gewählt werden. In dem hier in Frage stehenden Zusammenhang sind die Unterschiede in den Konsumquoten konstitutives Prinzip der Klasseneinteilung, so daß die Gleichsetzung einer (nach Einkommensschichten beurteilten) vertikalen Redistribution mit einer konsumerhöhenden Wirkung — will man sie nicht einfach als Folgerung aus einer Modellannahme verstehen — in die Nähe dessen rückt, was in der methodologischen Diskussion als „implicit theorizing“ bezeichnet wird.

Kritisch anzumerken wäre ferner, daß der Autor den Einfluß der („kostenlos“ abgegebenen) Sachleistungen auf die relativen Preise nicht näher erörtert. Dies hätte ihn, auch auf der theoretischen Ebene, etwas über die Erörterung allgemeiner Einkommenselastizitäten der Nachfrage hinaus auf die Diskussion spezifischer Nachfragerreaktionen und Angebotselastizitäten gebracht. Auch hätte eine schärfere Unterscheidung zwischen Wachstum und Konjunktur (also etwa zwischen dem Wachstum des Produktionspotentials und seiner Auslastung) nicht nur begriffliche Schwierigkeiten erspart, sondern erlaubt, die Wachstums- und Konjunkturwirkungen des Sozialleistungssystems noch besser in den Griff zu bekommen. Es zeigt sich hier (wie an einigen anderen Stellen), daß eine überwiegend im post-keynesianischen Stil gehaltene Analyse mit ihrer starken Nachfrageorientierung zu einer nicht unbeträchtlichen Einengung der Fragestellung führen kann.

Wer von der vorliegenden Untersuchung nicht eine essentiell empirische Behandlung des Themas erwartet, wird von der gut gegliederten und klar geschriebenen Analyse möglicher makroökonomischer Wirkungen des Sozialbudgets nicht enttäuscht werden.

Hubertus Müller-Groeling, Kiel

Bernhard Gaude: Die Mechanismen der Zentralbankgeldschöpfung und ihre Kontrollierbarkeit durch die Zentralbank. Berlin-München 1969. Duncker & Humblot. 209 S.

In der letzten Zeit hat auch in Deutschland eine lebhafte Diskussion über die von der Chicagoer Schule geforderten Regelmechanismen für die Geldversorgung eingesetzt. Dadurch erhielt die Arbeit von Gaude ein hohes Maß an Aktualität.

Der Autor behandelt die Versorgung mit Zentralbankgeld und sieht in ihr eine Größe, über deren Steuerung eine Zentralbank die gesamtwirtschaftlichen Ziele anstreben kann. „Im Rahmen dieser Arbeit soll die Bedeutung der Zentralbankgeldmenge als der wesentliche Aktionsparameter der Notenbank hervorgehoben werden“ (S. 13).

Gaude gliedert seine Untersuchung in zwei große Bereiche. Im ersten Hauptabschnitt über den mechanischen Prozeß der Zentralbankgeldschöpfung werden — nach einer Einführung in den institutionellen Rahmen der Geldschöpfung der Deutschen Bundesbank — die vier Aktivgeschäftgruppen der Zentralbank diskutiert, durch die kurzfristig Zentralbankgeld bereitgestellt wird. Gaude unterscheidet eine außenwirtschaftliche Komponente, eine Refinanzierungskomponente, eine Offenmarktkomponente und eine fiskalische Komponente. Bei der außenwirtschaftlichen Komponente zeigt der Autor, wie durch das heutige internationale Währungssystem Zu- bzw. Abflüsse von Zentralbankgeld in ein Währungsgebiet induziert werden. Die ausführlichen Darlegungen zu den Aufgaben und Geschäften des IWF (S. 36 ff.) wären für die Erklärung des Mechanismus der Zentralbankgeldversorgung nicht unbedingt erforderlich gewesen. Bei der Diskussion der Mechanik der Refinanzierungskomponente hätte auf die Ausführungen über die Aufgaben des Handelswechsels im Nichtbankensektor (S. 56) verzichtet werden können. Die quantitative Begrenzung der Refinanzierung über die Kontingentierung wird leider nur kurz abgehandelt, obwohl sie für die Zentralbankgeldversorgung besonders wichtig ist, da die Zentralbank darüber autonom entscheidet. Mit der Darstellung der Offenmarktkomponente und der Refinanzierungskomponente schließt der erste Hauptabschnitt.

Im zweiten Hauptteil werden die Möglichkeiten für eine Kontrolle der einzelnen Komponenten der Geldversorgung durch die Zentralbank behandelt. Für die außenwirtschaftliche Komponente weist Gaude nach, daß die zum Einsatz kommenden Mittel den Anforderungen einer rationalen Geldversorgungspolitik nicht genügen. Die Steuerung der Refinanzierungskomponente über den Diskontsatz ist nur bedingt möglich. Daraus folgert der Autor, daß eine Kontingentierung des Rediskonts notwendig ist. Die Kontingentpolitik in Deutschland ist nach Gaude noch nicht ausreichend wirksam. An der Kontrolle der Offenmarktkomponente durch die Bundesbank werden vor allem drei Punkte kritisiert: 1. die Offenmarktpolitik mit Nichtbanken wird zu wenig eingesetzt; 2. die Bundesbank fixiert besonders die Abgabe- und Rücknahmesätze, dagegen kaum den Umfang der Geschäfte; 3. langfristige Titel werden zu wenig in die Offenmarktoperationen einbezogen. An Hand der Verhältnisse in den USA werden dann noch die Probleme von bills-only-policy, von twist-operations und die Grundthesen der von *Roosa* ausgehenden Theorie des verfügbaren Kreditangebots (availability theory) diskutiert. Gaude weist darauf hin, daß die amerikanischen Ergebnisse nur bedingt auf Deutschland übertragen werden können. Die Schwierigkeiten bei der Steuerung der fiskalischen Komponente werden klar herausgearbeitet. Als bestmöglichen Ansatzpunkt fordert der Autor eine Verfeinerung der Einlagen/Schuldenpolitik der öffentlichen Haushalte unter einem geldpolitischen Aspekt.

Aus Gaudes Untersuchung geht hervor, daß eine Steuerung der Zentralbankgeldmenge mit den vorhandenen Instrumenten kaum möglich

ist. Der Autor fordert daher eine Verbesserung und Erweiterung des geldpolitischen Instrumentariums. Man könnte mit den Ergebnissen dieser Arbeit auch zu dem Schluß kommen, daß die Zentralbankgeldmenge als Instrumentenvariable ungeeignet ist, zumal die Wirkungen auf den Finanzierungsprozeß, die von den Sichteinlagen der Nichtbanken bei den Kreditinstituten und vor allem von der zusätzlichen Kreditgewährung ausgehen, nicht berücksichtigt wurden, was auch nicht Gegenstand der Arbeit war. Leider hat Gaude seine Aussagen nur selten empirisch überprüft, obwohl dies mit den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank möglich gewesen wäre. Einige Unschärfen in der sonst interessanten Arbeit hätten dadurch vermieden werden können.

Lothar Hübl, Hannover

Georg A. B. Kartsaklis: Theoretische Untersuchungen zum mikro- und makroökonomischen Kreditangebot. Ein Beitrag zur Wirtschaftstheorie. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 205 S.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, die Geldschöpfungstheorie unter Einbeziehung der paramonetären Kreditinstitute auf der Grundlage der Vermögenstheorie zu verallgemeinern. Im ersten Kapitel werden deshalb zunächst die Finanzverflechtungen der Wirtschaft dargestellt, im zweiten Kapitel die Bestimmungsgründe für die Veränderung des Kredit- und Geldvolumens untersucht, und im dritten Kapitel wird nach einer Übersichtsdarstellung verschiedener Geldschöpfungsmodelle (Erich Schneider, Krelle, Schilcher, Brunner, Lindbeck) ein eigenes Modell zur Begründung des Geldschöpfungsmultiplikators entwickelt.

Die Lektüre ist oft recht mühsam, besonders deshalb, weil vielleicht der Autor selbst, aber kaum der Leser die Unmenge der Symbole im Gedächtnis haben kann und deswegen oft viele Seiten vorher nach ihrer Bedeutung suchen muß. Dann findet man schließlich Erklärungen wie z. B.: „Die durchschnittliche Geschäftsposition v_k des k -ten Kreditinstitutes kommt demnach in $v_k = D_{wk}/D_w$ ($k = 1, \dots, n$), d. h. in dem Verhältnis der Deposition D_{wk} seines k -ten Kundenkreises bei ihm zu der Summe der Deposition D_w bei allen Kreditinstituten des Kreditinstitutensektors zum Ausdruck“ (S. 88-89). Der Leser hat dann Gelegenheit zu raten, was damit wohl gemeint sein kann.

Für seine theoretischen Deduktionen geht der Autor von der richtigen Vorstellung aus, daß ein Kreditinstitut bei seinen Anlageentscheidungen neben dem Ertrag auch das Risiko berücksichtigen müsse. Das Risiko will der Autor dann in einem Koeffizienten des Liquiditätsgrades einer Anlage zum Ausdruck bringen. Dabei wird angestrebt, eine Beziehung zwischen Zinssatz, Liquiditätsgrad und Restlaufzeit (Fristigkeit) herzustellen. Offenbar hat der Verfasser die Arbeiten von B. Malkiel nicht gekannt. Die Konstruktion des Verfassers jedenfalls ist m. E. nicht besonders gut geglückt. Er definiert den Liquiditätsgrad durch einen Ausdruck von der Form $\lambda = e^{-zt}$. Dabei wird z als ein Zinssatz interpretiert und gesagt (S. 70), unverkäuflichen Forderungen

sei ein Zinssatz von $z = \infty$ zuzuordnen, während das Geld einen Zinssatz von $z = 0$ habe. Dementsprechend ist der Liquiditätsgrad 0 bzw. ∞ . Die Deutung von z als Zinssatz bereitet mir freilich einige Schwierigkeiten.

Bei der Behandlung der Bestimmungsgründe für die Anlageentscheidungen wird angenommen, es solle eine Nutzenfunktion $f(\Delta A_1, \Delta A_2, \dots, \Delta A_m, R_{kt})$ maximiert werden. Darin sind ΔA_i die Investitionen einer Entscheidungsperiode und R_{kt} ein Ausdruck für den Liquiditätsgrad. Warum die Investitionen einen Nutzen stiften sollen und nicht ihr Ertrag, wird dabei nicht klar. Ferner scheint eher der Vermögensbestand als die Investition als Argument einer Nutzenfunktion in Betracht zu kommen. Die in diesem Kapitel abgeleiteten Ergebnisse werden aber im Fortgang der Arbeit nicht mehr weiter benutzt. Die Diskussion des Anlagekalküls hatte wohl nur den Zweck, darauf hinzuweisen, daß man sich die in der Theorie des Geldschöpfungsmultiplikators benutzten Parameter als Ergebnisse eines Rationalkalküls vorzustellen hat.

Im letzten Kapitel findet man die Ableitung eines sehr komplexen Geldschöpfungsmultiplikators, auf Grund dessen man in der Lage ist, die Auswirkungen von geldpolitischen Maßnahmen auf die Struktur des Kreditsektors zu untersuchen, vorausgesetzt man kennt die Vielzahl der in den Multiplikator eingehenden Parameter und ihr Verhalten. Auf Grund der abgeleiteten Formel stellt der Autor die Behauptung auf, der Wert des Geldschöpfungsmultiplikators würde mit der Zahl der Kreditinstitute sinken (S. 168-169). Diese Aussage scheint mir jedoch zumindest nicht allgemein zutreffend zu sein. Man kann nämlich leicht ein Gegenbeispiel bilden. Der Geldschöpfungsmultiplikator ist nach dem Modell des Autors entscheidend abhängig von $k = \sum v_k r_k$, wobei n die Zahl der Kreditinstitute ist, r_k der Reserveatz und $\sum v_k = 1$ (S. 89). Nimmt man zwei Banken an mit $v_1, v_2 = 0,5$ und $r_k = 0,1$, so ist $\sum v_k r_k = 0,1$. Den gleichen Wert erhält man bei vier Banken und $v_1, \dots, v_4 = 0,25$ und $r_k = 0,1$. Die Behauptung des Autors scheint deshalb bestenfalls für Spezialfälle gültig zu sein.

Manfred Neumann, Erlangen-Nürnberg

Manfred Overhaus: Die Entwicklung des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik Deutschland seit 1958. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). V, 98 S.

Ziel dieser Kieler Dissertation ist eine Beschreibung der Kapitalmarktentwicklung. Sie setzt die Untersuchungen von W. *Dannemann* (Struktur und Funktionsweise des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik. Tübingen 1959) und von K. *Röhl* (Die Entwicklung des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung finanz- und kreditpolitischer Maßnahmen. Kieler Diss. 1957) chronologisch fort. Ein theoretischer Anspruch wird nicht erhoben.

Der Kapitalmarkt wird im Anschluß an *Dannemann* nach der Art der gehandelten Forderungen definiert; Kapitalmarktstitel sind erstens festverzinsliche Wertpapiere (Bankschuldverschreibungen, öffentliche Anleihen, Industrieobligationen), zweitens Aktien. „Schuldscheindarlehen“ und „Globaldarlehen“ werden nicht dem Kapitalmarkt zugeordnet, werden aber als enge Substitute erwähnt. Bei der regionalen Abgrenzung möchte der Verfasser den „Kapitaltransit“ ausschließen; Auflegungsort und Währung sind daher als Kriterien ungeeignet. Zum deutschen Kapitalmarkt werden neben deutschen Emissionen jene ausländischen Emissionen gerechnet, die von Inländern übernommen werden. Die quantitative Bedeutung des Kapitalmarktes unterlag erheblichen jährlichen Schwankungen. Insgesamt betrug 1959 bis 1967 der Nettoabsatz von Kapitalmarktstiteln 15,8 % der ausgewiesenen Geldvermögensbildung (Renten 11,5 %, Aktien 4,3 %).

Das Angebot auf dem Kapitalmarkt wird sektoral aufgegliedert nach Kreditinstituten, Öffentlicher Hand, Unternehmen und Ausland. Diese vier Sektoren treten auch als Nachfrager auf, außerdem Private Haushalte, Sozialversicherungen und Individualversicherungen. Investmentgesellschaften werden erwähnt, aber bei der quantitativen Aufteilung nicht berücksichtigt (vgl. S. 73, Anm. 1). Bei der sektoralen Untersuchung wird der Kapitalmarkt in seine Teilmärkte Rentenmarkt und Aktienmarkt zerlegt. Für den gesamten Kapitalmarkt von 1959 bis 1967 hat der Rezensent aus den Zahlen des Verfassers die folgenden Anteile berechnet: Auf der Angebotsseite Banken 53 %, Unternehmen 21 %, Öffentliche Hand 18 %, Ausland 7 %. Auf der Nachfrageseite Banken 33 %, Private Haushalte 29 %, Unternehmen 11 %, Individualversicherungen 10 %, Ausland 9 %, Sozialversicherungen 6 %, Öffentliche Hand 3 %. Der Kapitalmarkt war also vor allem ein Bankenmarkt, wie auch Overhaus hervorhebt. Die sektoralen Bestimmungsgründe von Angebot und Nachfrage werden vom Verfasser eingehend untersucht. Die Ausführungen über den Bankensektor sind auch unter kredit- und konjunkturpolitischem Aspekt interessant.

Das Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage bei der Bestimmung des Zinses wird nur für den Rentenmarkt untersucht, „weil die Entwicklung der Aktienkurse in viel stärkerem Maße von subjektiven Faktoren abhängt als die Entwicklung der Rentenkurse“ (S. 74, Anm. 1). Overhaus unterscheidet drei Phasen: 1959 - 1961, 1961 - 1963, 1964 - 1967. In der ersten und dritten Phase lagen relativ große, in der mittleren Phase relativ geringe Zinsschwankungen vor. — Der Rezensent würde hier eine Gliederung nach Konjunkturdaten vorziehen.

Die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit: Erstens, man sieht die Bedeutung der verschiedenen Sektoren, insbesondere die beherrschende Position der Banken auf dem Kapitalmarkt. Zweitens, man sieht die konjunkturelle Abhängigkeit der Finanzierungsdispositionen — in den Rezessionsjahren 1959/60 und 1964/66 verlor der Kapitalmarkt im Rahmen des Kreditmarktes an Bedeutung. Außerdem stellt das Buch

ein handliches Nachschlagewerk dar, weil es die einschlägigen Daten aus den Monatsberichten der Bundesbank zusammenfaßt. — Es wäre zu wünschen, daß nunmehr auch das „Niemandland“ zwischen den wohlorganisierten und wohl erforschten Polen des Geldmarktes und des Kapitalmarktes näher untersucht wird.

Gerd Hardach, Regensburg

Bernd Lühje: Die Funktionsfähigkeit der deutschen Aktienbörse. Göttingen 1970. Vandenhoeck & Ruprecht. 180 S.

Die Studie ist aus drei Gründen wertvoll: Erstens untersucht der Verfasser, ob und inwieweit die heutige deutsche Aktienbörse ihre Funktion erfüllt. Zweitens wird ein kurzer Abriß über den gegenwärtigen Stand der Börsenreform gebracht, und schließlich drittens stellt der Autor die Frage, ob die Börsenreform die bisherigen Mängel beseitigt, und was nach seiner Ansicht weiter zu tun ist.

Wesentlich ist zunächst der zweite Teil (Funktionsanalyse der Aktienbörse, S. 45 ff.). Überflüssig und nichtssagend erscheint der Abschnitt über die Steuerung der Aktienbörse im Kreislaufmodell (S. 45-46). Ausnahmslos lesenswert — weil ausgezeichnet und (trotz des zahlreichen Börsenschrifttums) weitgehend originell — ist die Diskussion über Funktionen (S. 57-61), theoretisch optimale Funktionsfähigkeit der Aktienbörse (S. 62-68) und effektiver Grad der Funktionsfähigkeit der deutschen Börsen (S. 71-105). Man kann hier schon von einer kurzgefaßten Börsentheorie sprechen, die Lühje vorlegt. Störend — weil unergiebig und belanglos — sind dabei hier und später die mathematischen Formeln (S. 64, 77, 85, 89, 104 ff.): Ein „Funktionsfähigkeitsfaktor“ wird bemüht, den in konkrete Werte zu kleiden unmöglich ist, wie der Verfasser selbst zugibt. Offenbar ein Zugeständnis an eine gegenwärtige Modeerscheinung?

Lühje unterscheidet zwischen der Marktbildungs-, Finanzierungs- und Zirkulationsfunktion der Börse, die ihrerseits wieder aufgespaltert werden. Sehr schöne Schaubilder (S. 61, 105) fassen die Ergebnisse zusammen. Die Marktbildungsfunktion (vor allem Typisierung-, Selektions- und Konzentrationsfunktion) werden von der deutschen Aktienbörse weitgehend oder zumindest teilweise erfüllt. Die Zirkulationsfunktionen (Liquiditätsausgleich, Bewertung, Preisbildung, Konjunktionsbarometer) werden zum Teil wahrgenommen, überhaupt nicht demgegenüber die Finanzierungsfunktion. Die Reformpläne stellen die Funktionsfähigkeit im Bereich der Marktbildung und Zirkulation weitgehend her, nicht jedoch die der Finanzierung. Der Verfasser — der gesetzlichen Normen den Vorzug vor freiwilligen Maßnahmen der Börse gibt — fordert im zweiten Abschnitt des letzten Teils vor allem Maßnahmen zum Wiederaufbau der Aktienbörse als Emissionsmarkt. Es sind eigentlich nur diese Ausführungen, die entschiedenem Widerspruch des Rezensenten auslösen müssen. Die These von der früher vorhan-

denen Emissionsfunktion der Aktienbörse erscheint nicht haltbar. Eine solche Aufgabe hatte allenfalls der Markt für festverzinsliche Papiere. Die Gründe, die vom Verfasser für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich gemacht werden, treffen zwar alle zu, sind jedoch nicht entscheidend. Den Hauptgrund, der auch die Verwirklichung der Pläne des Verfassers vereiteln wird, hat Lüthje leider nicht gesehen: Das gesetzliche bzw. vertragliche Bezugsrecht der Aktionäre verlangt eine Unterbringung der Kapitalerhöhungen außerhalb der Börse. Allenfalls Neugründungen könnten über die Wertpapierbörse laufen, aber das würde sich mit der Selektionsfunktion schlecht vertragen. Und deswegen wird man auch für die Zukunft die Finanzierungsfunktion der Aktienbörse lediglich als theoretische Größe ansehen müssen. Sie ist im übrigen auch überflüssig. Diese Aufgabe wird ohne Schwierigkeit von den Emissionsbanken wahrgenommen. Das aber nur deswegen, weil die Börse als Erfüllungsinstrument zur Verfügung steht.

Alles in allem: ein vorzügliches Buch. Es ist verständlich geschrieben und beweist, daß der Wissenschaftler auch mit Hilfe der einfachen Umgangssprache ausgezeichnete Ergebnisse erzielen kann.

Oswald Hahn, Erlangen-Nürnberg

Hans Stahl: Aktien vor und nach Kapitalerhöhungen. Frankfurt/Main 1969. Fritz Knapp. 223 S.

Die 1967 von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln als Dissertation angenommene Schrift hat zwei in sich geschlossene Teile: Im ersten Teil gibt der Verfasser die in der Literatur vertretenen Auffassungen über den Einfluß absatzpolitischer Maßnahmen bei der Begebung junger Aktien auf das Verhalten der Kapitalanleger wieder (S. 16-52) und referiert, gestützt auf Kenntnisse und Erfahrungen, die er als Börsenjournalist erworben hat, über mögliche Auswirkungen der praktizierten Börsenusancen auf die Preisbildung junger Aktien. Im zweiten Teil werden einzelne der vorher entwickelten Thesen anhand der Kursentwicklung alter und junger Aktien vor und nach Kapitalerhöhungen im Zeitraum von 1962 bis 1965 überprüft.

Zu den absatzpolitischen Maßnahmen, die ein Unternehmen bei der Emission junger Aktien zum Zwecke einer ordentlichen Kapitalerhöhung bei gegebenem, durch die beabsichtigte Investition bestimmtem Finanzierungsmittelbedarf ergreifen kann, zählt der Autor die Wahl des Bezugsrechtsverhältnisses und des Emissionskurses, dividendenpolitische Maßnahmen — wie Dividendenerhöhung vor Emission und Festsetzung der Dividendenberechtigung junger Aktien —, die Ausgabe von Stockdividenden und Berechtigungs- bzw. Gratisaktien und die Durchführung der Emission mit einer anderen Aktiengattung (z. B. Vorzugsaktien).

Die möglichen Auswirkungen der absatzpolitischen Maßnahmen auf die Kursentwicklung der alten und jungen Aktien werden zunächst theoretisch erörtert. Dabei wird nicht immer deutlich, durch welche Maßnahmen die Interessen welcher Gruppen (das Unternehmen als Gesamtheit, der Vorstand und der Aufsichtsrat des Unternehmens, die Kleinaktionäre, die Großaktionäre) in welchem Umfang tangiert werden und welcher Einfluß auf die Kursentwicklung daraus vermutet werden kann. Man vermutet daher wohl richtig, daß dieser Abschnitt als Überblick über die in der Literatur vertretenen Thesen und als Grundlage für die nachfolgende Analyse der empirischen Daten gedacht ist.

Von besonderem Interesse ist die Wiedergabe der Usancen, die an den einzelnen Märkten (amtlicher Börsenhandel, geregelter Freiverkehr und unregelter Freiverkehr bzw. Telefonverkehr), auf denen alte und junge Aktien sowie Bezugsrechte gehandelt werden, praktiziert werden. Stahl verdeutlicht, daß aufgrund der unterschiedlichen Usancen, der zeitlichen und in wenigen Fällen auch räumlichen Trennung der Märkte notwendigerweise Kursdisparitäten im Bezugsrechtshandel sowie Abweichungen der Kurse junger Aktien von denen der alten Aktien, die über einen durch unterschiedliche Dividendenausstattung begründeten Abstand hinausgehen, zu erwarten sind. Er zeigt, daß die oft vertretene Auffassung, Wertpapiermärkte seien vollkommene Märkte, gerade im Bezugsrechtshandel und im Handel mit jungen Aktien nicht aufrecht erhalten werden kann. Aufschlußreich ist schließlich auch die Darstellung der Bemühungen einzelner Börsen, junge Aktien schneller zum amtlichen Börsenhandel zuzulassen.

Im empirischen Teil der Arbeit wird für jede Kapitalerhöhung im Zeitraum von 1962 bis 1965 der Zusammenhang zwischen der Preisbildung für junge Aktien und für alte Aktien durch eine Dichtefunktion $f(x)$ verdeutlicht, mit

$$x = \frac{\text{Kurs der alten Aktie im Zeitpunkt } t \text{ — zuletzt pro alte Aktie — gezahlte Dividende — Kurs der jungen Aktie im Zeitpunkt } t}{\text{Kurs der jungen Aktie im Zeitpunkt } t} \cdot 100$$

Die Dichtefunktion gibt an, wie häufig in einem Zeitraum von sechs Monaten nach Kapitalerhöhung eine Unterbewertung ($x > 0$) bzw. Überbewertung ($x < 0$) der jungen Aktie in Bezug auf den um den Dividendenanspruch berechtigten Kurs der alten Aktie beobachtet werden konnte. Die Ergebnisse erlauben jedoch keine exakten Aussagen, da eine statistische Analyse der Dichtefunktion und ihrer Parameter unterbleibt. Gleiches gilt für den Versuch, an Hand empirischer Untersuchungen aufzuzeigen, ob und wie die Usancen im Telefonverkehr die Preisbildung junger Aktien beeinflussen.

Um den Einfluß der Ankündigung eines bestimmten Bezugsrechtsverhältnisses mit dem zugehörigen Emissionskurs und einer Dividenderhöhung bei den alten Aktien vor Kapitalerhöhung auf den Kurs-

verlauf der alten Aktien ermitteln zu können, vergleicht Stahl die Entwicklung des Kurses der beobachteten Aktie mit der Entwicklung des zugehörigen Branchenindex in einem Zeitraum von je einem Jahr vor und nach Kapitalerhöhung. Zur Betrachtung des Aktienkursverlaufes bezogen auf den Branchenindex in der Zeit vor der Kapitalerhöhung normiert Stahl den Branchenindex durch einen Multiplikator so, daß am Tag ein Jahr vor Notiz des Kurses „ex Bezugsrecht“ der Branchenindex gleich dem Kurs ist; für die Analyse nach Kapitalerhöhung wird der Branchenindex so normiert, daß am Tage der Notiz des Kurses „ex Bezugsrecht“ Branchenindex und Kurs gleich sind. Während Stahl die Störungen, die daraus folgen, daß die Kurse der Aktie der zu untersuchenden Gesellschaft in die Ermittlung des Branchenindex eingehen, erwähnt, diskutiert er nicht, welchen Einfluß unterschiedlich konstruierte Branchenindices auf die Ergebnisse haben. Er zeigt auch nicht, in welchem Maß die Normierung mit Hilfe eines Multiplikators — andere lineare Transformationen der Branchenindices wären ebenso plausibel — und die Wahl des Normierungszeitpunktes die Ergebnisse beeinflussen. Die Analyse hätte auch durch statistische Signifikanztests ergänzt werden müssen.

Alles in allem ist die Schrift lesenswert. Sie ist es vor allem wegen der handfesten Informationen, die Stahl „als Mann vom Bau“ allen seinen Schlußfolgerungen zugrunde legt.

Hans Jakob Krümmel, Bonn

Peter Janocha: Intervention und Kooperation der Zentralbanken auf den Devisenmärkten nach dem Zweiten Weltkrieg. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 149 S.

Die Währungspolitik der Zentralbanken der westlichen Welt ist seit Gründung des Internationalen Währungsfonds durch zwei wesentliche Merkmale gekennzeichnet: durch deren Interventionen und Kooperation auf den Devisenmärkten. Maßgebend hierfür sind die Statuten des Internationalen Währungsfonds, die allmähliche Liberalisierung des Devisenhandels seit 1950 und die Wiederherstellung der Ausländerkonvertierbarkeit der europäischen Währungen Ende 1958. Gerade die letztere führte zu verstärkter Intervention und Kooperation der Zentralbanken, da seitdem internationale Geldbewegungen ohne weiteres eine auf die eigene Volkswirtschaft bezogene Zentralbankpolitik unterlaufen können.

Aufgabe dieser Schrift ist es, die Intervention und die Kooperation der Zentralbanken im einzelnen darzustellen. Der Text ist dementsprechend deskriptiv gehalten. Im Anhang findet sich allerdings, als Ergebnis der Darstellungen, eine theoretische, teilweise mathematisch gehaltene Abhandlung über die Beeinflussung internationaler Geldbewegungen durch Interventionen der Zentralbanken auf den Devisenmärkten.

Die Interventionen auf den Devisenmärkten werden vor allem dadurch beschrieben, daß Hintergründe, Technik und Entwicklung der

Swappolitik der Deutschen Bundesbank und der Terminmarktinterventionen der amerikanischen Währungsbehörden aufgezeigt werden. Die Kooperation auf den Devisenmärkten wird geschildert anhand der wichtigsten Swapabkommen zwischen den Zentralbanken, speziell der Federal Reserve Bank of New York. Außerdem werden mehrere Stützungsaktionen, daneben auch die Ausgabe mittelfristiger Schatzscheine durch das US-Schatzamt sowie die Zusammenarbeit der Zentralbanken auf dem Goldmarkt behandelt.

Nach diesen weitgehend deskriptiv gehaltenen Darlegungen behandelt der folgende theoretische Exkurs die Möglichkeiten, die die Zentralbanken zur Beeinflussung internationaler Geldbewegungen besitzen. Janocha untersucht hierbei zunächst die Beziehungen zwischen dem Umfang der internationalen Geldbewegungen und der Höhe der Wechselkurse, den Einfluß der internationalen Spekulation und der Geldexporte der Banken auf die Bildung des Terminkurses. Alsdann werden die Interventionen der Zentralbanken zur Beeinflussung der Spekulation und der Geldexporte über den Kassakurs, den Terminkurs und über den Swapsatz bzw. über die Kurssicherungskosten analysiert. Der Schluß dieses Exkurses ist dem Einfluß der beschriebenen Zentralbankinterventionen auf die zentralen Währungsreserven gewidmet.

Die Arbeit Janochas hat Grenzen. Es werden nur die Interventionen und die Kooperationsmaßnahmen weniger Währungsbehörden beschrieben. Außerdem behandelt der Verfasser nur jene Maßnahmen, die ausreichend publik sind. Ein großer Teil der Interventionen ist, wie Janocha sagt, unbekannt.

Daneben wird auch kaum etwas über die Fehlwirkungen der beschriebenen Zentralbankmaßnahmen gesagt. So notwendig Zentralbankinterventionen, kurzfristig gesehen, sind, so können sie langfristig erhebliche Probleme mit sich bringen. So alimentieren sie z. B. falsche Wechselkurse. Oder sie helfen, notwendige Wechselkurskorrekturen hinauszuschieben. Sie ermöglichen, grundlegende Korrekturen der nationalen Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik, insbesondere der Geldpolitik zu unterlassen. Auch helfen sie, die bestehende Währungsordnung, trotz mancher Fragwürdigkeiten, zu zementieren. Schließlich sind die beschriebenen Zentralbankmaßnahmen selbst in ihrem Ausmaß und in ihrer Wirkung begrenzt. Implizit geht der Verfasser zwar öfter auf diese Probleme ein (z. B. auf S. 134), eine hierauf bezogene ausführlichere grundsätzliche Beurteilung der Wirksamkeitsgrenzen der behandelten zentralbankpolitischen Maßnahmen bringt er jedoch nicht.

Die Arbeit, die mit vielen Tabellen und Schaubildern ausgestattet ist, ist von der Thematik und vom Inhalt her ein Buch, das in der Reihe moderner Veröffentlichungen über die Zentralbankpolitik bereits einen festen Platz eingenommen hat.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

Franz Heidhues: Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen.
Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XV, 210 S.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit sieht Heidhues in einer Untersuchung des Erklärungswertes der Theorie der internationalen Kapitalbewegungen für die tatsächlichen Kapitalströme zwischen Industrie- und Entwicklungsländern seit 1950. Für den Bereich der internationalen Direktinvestitionen versucht der Verfasser über die Konfrontation von Theorie und Empirie hinaus Ansatzpunkte für eine erweiterte, realistischere Theorie zu entwickeln (S. 2).

Die Arbeit gliedert sich in fünf Abschnitte. Im ersten Teil „Theorie der internationalen Kapitalbewegungen“ schließt sich der Darstellung der Transfertheorie eine intensive Beschäftigung mit der Zinstheorie und der Theorie des öffentlichen Kapitalverkehrs an. Zu den beiden letztgenannten Problemen bringt Heidhues eine Reihe erwähnenswerter eigener Gedanken.

Der zweite Teil enthält eine systematische, gründliche Untersuchung der langfristigen Kapitalexporte der Industrieländer in die Entwicklungsländer für die Zeit von 1950-1966. Hier hat der Verfasser die offiziellen Statistiken sorgfältig gesammelt und unter den verschiedenen Aspekten — Anteil des privaten und öffentlichen Kapalexports, regionale Struktur der Geber- und Empfängerländer etc. — analysiert. Im weiteren folgt eine aufschlußreiche Interpretation der ausländischen Direktinvestitionen der USA und der Bundesrepublik für etwa die gleiche Periode.

Bis dahin muß man die systematische, klare Darstellung der Probleme uneingeschränkt hervorheben. Um so mehr enttäuscht der folgende Teil, in dem die Theorie mit den empirischen Ergebnissen konfrontiert werden soll. Überraschend schnell kommt Heidhues zu der Auffassung, daß die Transfertheorie nicht „testbar“ sei. Die wichtigen Arbeiten *Machlups* werden nicht einmal erwähnt, was um so mehr verwundert, als die „klassischen“ Publikationen von *Taussig*, *Angell* und *White* kurz herangezogen werden. Noch kürzer (kaum mehr als eine Seite) ist die (ökonomische) Theorie der öffentlichen Kapitalbewegungen abgetan. Dies kann zwar angesichts des ausgesprochen politischen Charakters dieser Transaktionen nicht überraschen, veranlaßt aber zusammen mit der kurzen, in keiner Weise auf das gesammelte empirische Material bezogenen „Behandlung“ der Transfertheorie zu der Frage, was die für sich genommen recht instruktive Analyse des tatsächlichen Kapitalverkehrs im Rahmen dieser Arbeit bezwecken soll.

Ähnlich unbefriedigend fällt die Fortführung dieses Verfahrens für die Theorie der Direktinvestitionen aus. Eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Direktinvestitionen (regionale und branchenmäßige Struktur) mit der Zinssatztheorie (Theorie der Zinsdifferenzen) muß schon vom Ansatz her wenig erfolgversprechend erscheinen; das Ergebnis (S. 154) bleibt entsprechend mager. Gleichzeitig unterläuft dem Verfasser hier ein Widerspruch, indem er betont (S. 153), die Zins-

satztheorie könne sich kreuzende Ströme von Direktinvestitionen nicht erklären, nachdem er bei der Darstellung der Zinssatztheorie unter Einfluß des Risikos genau die Möglichkeit der „cross movements of capital“ abgeleitet hatte (S. 58).

Im vierten Teil gibt Heidhues auf Grund dreier Studien über Unternehmensbefragungen einen Überblick über die Motivation der Direktinvestitionen. Die beiden aufgeführten Hauptmotive Wachstum und Sicherheit versucht der Verfasser dann im Schlußteil mit der Feststellung zu verbinden, daß Direktinvestitionen hauptsächlich von Großunternehmen inländischer Oligopolmärkte auf den Auslandsmärkten der eigenen Produkte getätigt wurden. Daneben bleibt noch ein gewisses Bemühen um eine Diversifikation der Direktinvestitionen als Ausdruck des Sicherheitsmotivs zu registrieren. Diese Gedanken zu einer Überprüfung der Theorie der Direktinvestitionen — gibt es denn eine solche bisher? — enthalten interessante Aspekte, freilich auch eine ganze Reihe von Unklarheiten. So bleibt z. B. entgegen der Meinung des Verfassers die Ursache sich kreuzender Ströme von Direktinvestitionen gerade in seinem Ansatz ungeklärt. Allerdings will Heidhues seine Hypothesen lediglich als Ansatzpunkte einer realistischeren Theorie verstanden wissen.

Otmar Issing, Nürnberg